



Sozialforum Dortmund

Für eine sozial gerechte Gesellschaft !

Anhörung zur sozialen Lage in Dortmund

Öffentliche Veranstaltung des Sozialforums Dortmund

9. Februar 2004, 19 Uhr, Wichernhaus, Stollenstr. 36 (Nähe Nordmarkt)

Kontakt: sofodo-info@list.free.de, <http://www.free.de/sofodo>

Inhalt

Einführung Wiebke Claussen (Sozialforum Dortmund).....	2
Bericht zur Lage von arbeitslosen Menschen und deren Beratung Gisela Tripp (Arbeitslosenzentrum Dortmund).....	7
Bericht zur Lage von Kindern und Kinderbetreuungseinrichtungen Udo Katzorek (DPWV, Fachberatung Kindertageseinrichtungen).....	22
Bericht zur Lage von Jugendlichen im Übergang Schule und Beruf Sabine Kremer (AG Jugendberufshilfe und Christliches Jugenddorf Oespel)	26
Bericht zur Lage von Jugendlichen und der Arbeit in der Offenen Jugendarbeit Jochen Kalmbach (AG zur Förderung der Offenen Jugendarbeit der Kirchen und Shalom Gemeinde in Scharnhorst).....	32
Bericht zur Lage älterer Menschen Theo Hengesbach (Verein für Gemeinwesen- und Sozialarbeit Kreuzviertel an der Kreuz- gemeinde)	36
Bericht zur Lage älterer Migranten Alessandra Alberti (Verein für Internationale Freundschaft und vom Projekt Internationale Altenbegegnungsstätte).....	41
Bericht zur Lage von Menschen, die aus Not die Suppenküchen aufsuchen Ursula Schulze (Suppenküche Kana).....	44

Inhalt der vorliegenden Dokumentation der Veranstaltung sind die Beiträge der Referenten. Beigefügt wurden der Dokumentation einige Artikel über die behandelten Institutionen und Arbeitsbereiche sowie die Presseresonanz auf die durchgeführte Veranstaltung.

Einführung

Wiebke Claussen/Sozialforum Dortmund

Ich möchte Sie herzlich willkommen heißen zur öffentlichen „Anhörung zur sozialen Lage in Dortmund“ des Dortmunder Sozialforums. Ganz herzlich möchte ich auch die Referenten begrüßen und mich für Ihre Mitwirkung schon vorab ganz herzlich bedanken. Auf dem Podium werden uns später berichten

Gisela Tripp, vom Arbeitslosenzentrum, die mit ihrem Beitrag über die Situation von Arbeitslosen, die laufenden Änderungen durch die Umsetzung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetzgebung und über die Arbeit des Arbeitslosenzentrum berichten wird. Gleichzeitig ist dies einen Einstieg in unser Thema: den laufenden Sozialabbau und dessen umwälzende Auswirkungen in verschiedenen Lebensbereichen, auf verschiedenen soziale Zielgruppen und auf verschiedene sozialpolitische Bereiche geben wird. Arbeitslosigkeit muss dabei als Hauptursache von Armut angesehen werden.

Udo Katzorek von der DPWV Fachberatung Kindertageseinrichtungen wird uns über die Situation von Kindern und die Betreuung in Kindertageseinrichtungen berichten. Gesehen werden muss, dass insbesondere für Frauen eine gesicherte Kinderbetreuung Voraussetzung für eine Berufstätigkeit und eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist.

Sabine Kremer von der AG Jugendberufshilfe und dem Christlichen Jugenddorf Oespel wird uns über den Bereich Jugendberufshilfe und Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf berichten. Viele Jugendliche unter 25 Jahre erreichen nicht durch eigene Kraft einen Einstieg in Ausbildung und Beruf. Jugendberufshilfe erringt hier eine besondere Bedeutung. Gleichzeitig stehen wir vor einer desolaten Ausbildungsmarktsituation, den Kürzung von Jugendberufshilfemitteln und den inhaltlichen Änderungen der Jugendberufshilfeförderung.

Jochen Kalmbach von der AG zur Förderung der Offenen Jugendarbeit der Kirchen und aus der Shalom Gemeinde in Scharnhorst wird uns über die Situation in der Offenen Jugendarbeit berichten, die insbesondere in benachteiligten Stadtteilen eine besondere Bedeutung für Jugendliche und den gesamten Stadtteil hat.

Theo Hengesbach vom Verein für Gemeinwesen- und Sozialarbeit Kreuzviertel an der Kreuzgemeinde wird uns über die Situation von alten Menschen und Altersarmut berichten.

Alessandra Alberti vom Verein für Internationale Freundschaft und vom Projekt Internationale Altenbegegnungsstätte wird uns über die Situation von älteren Migranten berichten, die zu den im besonderen Maße benachteiligten und von Armutsgefahr betroffenen Bevölkerungsgruppen gehören.

Als letzte Referentin wird uns **Ursula Schulze** uns die Situation in der Suppenküche Kana und damit die Situation von Menschen berichten, die aus Not die Suppenküche Kana aufsuchen. Dabei stellt Hunger eine der extremsten Formen von Armut dar.

Wir hatten drei weitere Referenten eingeladen: Walter Klamser von der Erziehungs- und Familienberatungsstelle Westhoffstraße, Hans Adams von der Drogenberatungsstelle Schwanenwall und Jochen Jeuschede von der Schuldnerberatungsstelle des Diakonischen Werkes, die krankheitsbedingt leider ihre Teilnahme haben absagen müssen.

Anlass des heutigen Hearings sind die als Sozialreformen bezeichneten Gesetze des Bundes zur Agenda 2010 und die angekündigten Landesmittelkürzungen für soziale Ein-

richtungen. Unser Anliegen ist es, die Folgen dieser Entscheidungen in der Stadt Dortmund deutlich zu machen. Bislang erfahren wir aus den Medien vor allem über die Situation einzelner Einrichtungen und Träger. Wir möchten mit dieser Veranstaltung zu einer Gesamtbetrachtung kommen, wie die soziale Infrastruktur in unserer Stadt ausgedünnt wird, wie Verarmungsprozesse fortschreiten und welche Auswirkung die Änderungen auf die Situation der betroffenen Menschen haben.

Mit dem heutigen Hearing möchten wir auch auf das Dortmunder Sozialforum aufmerksam machen. Das Sozialforum wurde im letzten Oktober vor dem Hintergrund des derzeit laufenden Sozialabbaus wie in vielen anderen Städten in Dortmund gegründet. In ihm haben sich 100 Bürger und Bürgerinnen sowie eine Reihe von Initiativen und Organisationen zusammengeschlossen, um nach Formen der Gegenwehr gegen den laufenden und fortschreitenden Sozialabbau zu suchen, dazu gehört auch Information und Veranstaltung wie die heute Abend. Zu unseren Aktionen gehörte auch ein Forderungskatalog, den wir im Dezember letzten Jahres dem Rat und der Verwaltungsspitze der Stadt Dortmund vorgelegt haben und in dem wir u.a. die Aufstellung eines Reichtums- und Armutsberichtes für die Stadt Dortmund eingefordert haben. Ein Armutsbericht über die soziale Lage in Dortmund wurde zum ersten und bislang letzten Mal im Jahr 1995 erstellt und bislang nicht fortgeschrieben. Die heutige Veranstaltung soll auch den dringenden Bedarf solch eines Berichtes für unsere Stadt deutlich machen.

Für die Veranstaltung, die Referentenbeiträge und die anschließende Diskussion, haben wir einen Zeitrahmen bis etwa 21.45- 22.00 Uhr vorgesehen. Wir haben für das Podium Vertreter aus zehn Einrichtungen eingeladen, die schwerpunktmäßig mit bestimmten Personengruppen zu tun haben. Der Bogen wird dabei gespannt

- von Menschen in Arbeitslosigkeit,
- über Kinder, die Situation in Kindergärten,
- über Jugendliche, hier die Situation in der Jugendberufshilfe und der Offenen Jugendarbeit,
- über ältere Menschen und ältere Migranten im besonderen, die in Armut leben,
- bis hin zu Menschen, die aus Not die Suppenkuche Kana aufsuchen.

Nach meiner Einführung werden die Referenten uns beispielhaft in einer knappen Darstellung über die Situation in ihrer Arbeit und der von ihnen betreuten und beratenen Menschen berichten. Wir haben die Referenten gebeten, in ihrer kurzen Darstellung auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie stellt sich die momentane Situation in Ihrer Einrichtung dar ?
- Welche Veränderungen in den Lebensumständen der von Ihnen betreuten/beratenen Menschen haben Sie in den letzten Jahren beobachtet ?
- Welche Auswege suchen die Menschen, um mit der veränderten Situation umzugehen ?
- Welche Auswirkungen erwarten Sie von den sog. „Sozialreformen“ sowie den Kürzungen der Landesmittel für Ihre Arbeit, die von Ihnen betreute Klientel sowie die allgemeine Situation in der Stadt ?
- Welche Forderung stellen Sie an die Politik ?

Nach der Darstellung von vier Vertretern wird es eine kleine Unterbrechung und Möglichkeiten für Nachfragen geben. Danach werden drei weitere Vertreter berichten.

Im Anschluss daran wird Herr Bruhns-Tripp vom Arbeitslosenzentrum und Mitglied des Sozialforums ein Statement halten, in der die vorgehenden zehn Berichte noch einmal zusammengefasst werden und zur Diskussion übergeleitet wird. Im Anschluss daran ist eine 20-minütige, nach Bedarf verlängerbare Diskussion vorgesehen. Abschließend wird

Herr Holtgrave vom Sozialforum noch einmal den Verlauf und Inhalte der Gesamtveranstaltung zusammenfassen und auf Anliegen des Sozialforums hinweisen. Durch den Abend führen werden mein Kollege Friedrich Wilhelm Herkelmann und ich. Mein Name ist Wiebke Claussen. Auch wir sind Mitglieder des Sozialforums Dortmund.

Presseresonanz

Einschnitte: Forum beklagt soziale Kälte

Westfälische Rundschau vom 10.02.2004 / LOKALAUSGABE / DORTMUND

Arbeitslosigkeit und Armut steigen, die Verschuldung nimmt zu. Es gibt mehr Obdachlose und hungernde Menschen im eigentlich reichen Deutschland. Dieses Resultat, dass das Dortmunder Sozialforum ermittelt hat, überrascht nicht. Doch abfinden dürfe sich damit niemand, appellierte das Forum.

Im Wichernhaus fand die Anhörung zur sozialen Lage in Dortmund statt. Mehr als 100 Interessierte waren gekommen, um die Einschätzung von sieben Einrichtungen und Vereinen zu hören, aber auch selbst ihre Meinung einzubringen. Im Mittelpunkt standen die Folgen der Agenda 2010 und die beabsichtigten Kürzungen auf Landesebene. Ursula Schulze von der Suppenküche Kana fasste ihre Erfahrungen zusammen: "Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen!" Denn immer mehr Leute sind auf die Mahlzeiten der Küche angewiesen.

Ähnliches kann Alessandra Alberti vom Verein für internationale Freundschaft bereichten, der sich vor allem um ältere Migranten kümmert. "Viele von ihnen sind verzweifelt", so Alberti. Alleine die zehn Euro Arztgebühr könnten sie sich nicht leisten. Die Konsequenz: "Sie gehen nicht mehr zum Arzt." Im Saal seien die "die Opfer" der Sparpläne zu sehen: Jugendarbeit, Kindertagesstätten, Arbeitslosenzentrum und Altenarbeit. Niemand komme ungeschoren davon, beklagten die Diskutanten. Ihre Beispiele illustrierten: die sozialen Sicherungssysteme, die bislang Elend verhindert hätten, drohten nun zusammenzubrechen.

Dass Arbeitslosigkeit in Zukunft gleichbedeutend mit Armut ist, machte Gisela Tripp vom Arbeitslosenzentrum deutlich. Über 52 000 Arbeitslose - die zweithöchste Quote in NRW - gibt es in Dortmund, knapp die Hälfte von ihnen ist länger als ein Jahr arbeitslos. Mit Agenda 2010 und Hartz drohe nun der soziale Absturz. "Wir merken es tagtäglich", berichtete Tripp, "die Nachfrage nach Beratung und Hilfe wird größer. Wir können kaum nachkommen." Ganz im Gegensatz zum steigenden Bedarf ist die Zukunft des Arbeitslosenzentrums nur noch für ein Jahr gesichert. Das geht den anderen Initiativen nicht anders: Die Beratungsarbeit werde immer mehr, die Mittel dafür aber würden gestrichen.

Der Stadt Dortmund warf Heiko Holtgrave im Namen des Sozialforums vor, "über das absehbare Fiasko bisher kein Wort verloren zu haben". Die sich in Dortmund ausbreitende Armut und die damit vielfach einhergehende soziale Ausgrenzung werde kleingeredet. "Das wollen wir nicht, ganz im Gegenteil wollen wir sie öffentlich machen." Das Sozialforum sehe einen "dringenden Bedarf" an der Aufstellung eines Armuts- und Reichtumsberichtes. Daraus müsse die Stadt dann Konsequenzen ziehen.

Von Alexander Völkel

Sozialforum veranstaltete Anhörung zur sozialen Lage in Dortmund Die Armut nimmt zu

In: Unsere Kirche/Regionalseite Dortmund vom 2.4.2004

Dortmund: UBI. Verwundern kann das Resultat nicht: In Dortmund nimmt die Armut zu, wachsen die Schulden der Bürger, gibt es eine steigende Zahl von Obdachlosen und von Hungernden. Das ist die gemeinsame Aussage von sieben Fachleuten aus verschiedenen Einrichtungen und Vereinen, darunter auch ein Vertreter der evangelischen Jugendarbeit. Präsentiert wurden die Berichte am 9. Februar bei einer Anhörung zur sozialen Lage.

Eingeladen dazu hatte das Dortmunder Sozialforum in das mit rund hundert Besucherinnen und Besuchern voll besetzte Wichernhaus. Anlass des Hearings waren die als Sozialreformen bezeichneten Gesetze des Bundes zur Agenda 2010 und die angekündigten Landesmittelkürzungen für soziale Einrichtungen.

„Unsere Wirtschaft geht über Leichen“, mit diesen Worten fasste Ursula Schulze von der Suppenküche Kana ihre Erfahrungen zusammen. Vier Mal die Woche gibt die Suppenküche im Dortmunder Norden warmes Essen an die Armen aus. Waren es vor zwei Jahren noch 46.000 Mahlzeiten, so stieg die Zahl letztes Jahr auf über 48.000 an. „Die Leute werden immer ärmer und vor allem die Kinder und Frauen, die zu uns kommen, werden immer mehr.“ Ähnliches berichtete Alessandra Alberti vom Verein für Internationale Freundschaft, der sich vor allem um ältere Migranten kümmert. „Viele von ihnen sind verzweifelt“, so Alberti. Alleine die zehn Euro Arztgebühr könnten sie sich nicht leisten. Die Konsequenz: „Sie gehen nicht mehr zum Arzt“.

Jochen Kalmbach von der evangelischen Jugend Scharnhorst-Schalom vertrat die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Offenen Jugendarbeit der Kirchen. Kürzungen in diesem Bereich seien nicht zu verantworten, hob Kalmbach die Bedeutung der sozialen Hilfen für viele Jugendliche hervor, die kirchliche Jugend-Treffs besuchen. „Wer an Offener Jugendarbeit spart, schafft soziale Probleme bis hin zur Kriminalität in einem viel höheren Maß“, so Kalmbach.

Andere Berichterstatter des Abends kamen aus der Arbeit mit Kindertagesstätten und der Altenarbeit. Ihre Beispiele illustrierten: Die sozialen Sicherungssysteme, die bislang Elend verhindert hatten, sind dabei zusammenzubrechen. Dass Arbeitslosigkeit in Zukunft gleichbedeutend mit Armut ist, machte Gisela Tripp vom Arbeitslosenzentrum deutlich. Über 52.000 Arbeitslose – die zweithöchste Quote in NRW – gibt es in Dortmund, mehr als die Hälfte von ihnen ist länger als ein Jahr arbeitslos. Noch bekommt ein Arbeitsloser in Dortmund durchschnittlich knapp 800 Euro im Monat – mit der Agenda 2010 und Hartz droht ihm der soziale Absturz. „Wir merken es tagtäglich“, berichtete Tripp, „die Nachfragen nach Beratung und Hilfen wird größer. Wir können kaum nachkommen“. Ganz im Gegensatz zu steigendem Bedarf ist die Zukunft des Arbeitslosenzentrum nur noch für ein Jahr gesichert.

„Ich sehe die Hoffnungslosigkeit in unserer Stadt ständig wachsen“, so ein Zuhörer aus dem Plenum, der forderte: „Deshalb müssen wir als Betroffene kämpfen, streiten und die politische Veränderung erzwingen“.

Der Stadt Dortmund warf Heiko Holtgrave im Namen des Sozialforums in dem Schlussplädoyer vor, „über das absehbare Fiasko bisher kein Wort verloren zu haben“. Die in Dortmund sich ausbreitende Armut werde kleingeredet. „Das wollen wir nicht, ganz im

Gegenteil wollen wir sie öffentlich machen“. Das Sozialforum sieht einen „dringenden Bedarf“ an der Bestandsaufnahme über Armut und Reichtum in Dortmund und den daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Das Dortmunder Sozialforum hat sich im Oktober des letzten Jahres gegründet. Mittlerweile wird es von mehr als 100 Einzelpersonen und etlichen Dortmunder Initiativen und Organisationen unterstützt.

Weitere Informationen gibt es unter www.free.de/sofodo.

Zur Lage in der Beratung Arbeitsloser Menschen

Berichterstatte(r)in: Gisela Tripp (Arbeitslosenzentrum Dortmund)

Arbeitslosigkeit verletzt die Menschenwürde. In Dortmund sind im Januar 2004 52.282 Männer und Frauen arbeitslos. Arbeitslosigkeit benachteiligt die Menschen in den existenziellen Lebensbereichen, führt sie in Armut und zwingt sie unter Kontrolle und Disziplinierung, das Leben gestalten zu müssen. Sie bedeutet den Verlust von persönlicher Souveränität, Verlust von Plänen und Wünschen und Angst vor der Zukunft.

Die Arbeitslosenzahlen haben stetig zugenommen – Dortmund hat die zweit-höchste Arbeitslosenquote nach Gelsenkirchen in NRW. 45% aller gemeldeten Arbeitslosen sind bereits 1 Jahr und länger ohne Arbeit. 18.400 Menschen sind älter als 50 Jahre – allein das Alter reicht aus, keine oder nur sehr geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Dortmunder Arbeitslose leben im Durchschnitt mit 795,-€ Arbeitslosengeld, mit 560,-€ Arbeitslosenhilfe.

Die Arbeit des Arbeitslosenzentrum

Das Arbeitslosenzentrum bemüht sich, für arbeitslose Menschen den gesetzlichen Dschungel zu lichten, sie zu informieren und aufzuklären und ihnen zu ihren berechtigten Ansprüchen zu verhelfen. Das tun wir u.a. durch Info-Broschüren über aktuelle Gesetze, durch Veranstaltungen, unsere Homepage (www.alz-dortmund.de) und besonders durch Gespräche mit dem einzelnen Menschen. 1500 Beratungsgespräche haben wir im letzten Jahr geführt. Viele müssen wir abweisen – unsere Belastungsgrenze ist mit 2 teilszeitbeschäftigten Pädagoginnen erreicht. Dem steigenden Bedarf an Hilfen und Gesprächen steht eine geringe Zahl von Beratungseinrichtungen gegenüber. Die Finanzierung unserer Einrichtung ist für 1 Jahr gesichert. Alles weitere hängt von der Umsetzung der Hartz-Reformen ab. Der Verein hat keine ausreichenden Mittel, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, die dringend notwendig wären.

Merkmale der Agenda 2010 und bisherige Wirkung

Die Agenda 2010 konzentriert sich auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen und gibt grundlegende sozialstaatliche Funktionen auf:

- ausreichenden und angemessenen sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit,
- Hilfen und Unterstützung,
- soziale Verantwortung für besonders Betroffene,
- den Schutz der Arbeitnehmer/innen vor der Ausnutzung durch Arbeitgeber.

Sie stellen den mit Abstand schärfsten Eingriff in den lohnorientierten Leistungen für Arbeitslose in der Geschichte der BRD dar.

Bereits im letzten Jahr hat es erhebliche Verschärfungen und Verschlechterung für Arbeitslose gegeben, die unter dem Konzept „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ firmierten. Wieviele Menschen Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe verloren haben, weil per Gesetz mit einem Streich die Freigrenze für vorhandenes Vermögen und für das Einkommen des Partners erheblich gekürzt worden, ist nicht öffentlich bekannt.

Diese Maßnahmen führten

- zum erheblichen Verlust von Altersvorsorgevermögen jede 2. Lebensversicherung wird mittlerweile gekündigt,
- zu erheblich geringerem Einkommen bei gleichbleibenden und höheren Lebenshaltungskosten,
- zu größerer Abhängigkeit innerhalb der Familie,
- zu immer weiteren Verlusten in den Sozialversicherungen, die weitere Demontagen nach sich ziehen werden.

Zwei Aspekte möchte ich noch ansprechen, um das aktuelle Bild zu zeichnen:

- Am Donnerstag konnten wir in der Tageszeitung lesen, dass die Zahl der verschuldeten Haushalte in Dortmund stetig im Jahr 2002 bereits auf über 24.000 gestiegen ist. Die Gründe dafür liegen in Arbeitslosigkeit, Ehescheidung, die Kostenbelastung bei kinderreichen Familien, steigende Fixkosten und auch gescheiterte Ich-AG`s. Die Situation in der Schuldenberatung stellt sich dar in viel zu wenig Beratern für eine ansteigende Zahl von ratsuchenden verschuldeten Haushalten, und entsprechender Verlängerung der Wartezeiten auf eine Beratung !
- Auch am Donnerstag war zu lesen: Die finanziellen Mittel zur beruflichen Förderung von Arbeitslosen sank in den letzten Jahren und wird in diesem Jahr um weitere 25% gekürzt. Dies ist politisch gewollt und wird in Kauf genommen

Dies hat zur Folge, dass die Arbeitslosen, die besonderer Unterstützung bedürfen, keine gewährt wird.

Zur künftigen Situation der Langzeitarbeitslosen

Zu fragen ist: wenn das Arbeitsamt in Zukunft keine soziale Funktion mehr haben soll, was wird mit den Arbeitslosen geschehen, die ab jetzt nicht mehr gefördert werden?

- Die Kürzung der Förderung und veränderte politischen Vorgaben haben den Wettbewerb unter den Bildungsträgern in Gang gesetzt, die zentralen Ausschreibungen von Maßnahmen sind ein Mittel, das in diese Richtung wirkt. Sie führten bereits jetzt zum Abbau von Standards und Qualität. Die Arbeitsämter können nur gering planend und steuernd auf den regionalen Arbeitsmarkt einwirken – Träger können nicht planen, tragen höhere finanzielle Risiken, entlassen die eigenen Leute. Doch Konkurrenz belebt das Geschäft, der billigste Anbieter bekommt den Zuschlag – wie jüngst in Dortmund geschehen.
- Ab 2005 sollen 345,-€ zum Leben reichen. Alle Bedarfe von Bekleidung, Waschmaschine, Herd oder Wohnungsrenovierung müssen damit bestritten werden oder von noch vorhandenem Vermögen. Das ist die zukünftige Grundsicherung für alle erwerbsfähige Arbeitslosen nach Auslaufen des Arbeitslosengeld-Bezuges, deren Dauer auch wesentlich gekürzt wurde und Sozialhilfeempfängern.
- Etwa 40% der Arbeitslosenhilfebezieher werden bundesweit keinerlei Unterstützung mehr erhalten.
- Die Stadt Dortmund erhoffte sich durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, eine Einsparung von 42 Mio €. Jetzt war zu lesen: „genausogut besteht die Gefahr, dass umgekehrt ein Schuh daraus wird und Dortmund draufzahlen muss“. 15.318 Fälle werden vom Sozialamt an die Agentur gegeben, aber 27.613 retour zum Sozialamt, die bisher Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Die Stadt wird die Kosten für Unterkunft, Heizung und Bedarfe sicherstellen müssen: voraussichtliches Volumen 69 Mio €.

- Alle Arbeitslosenhilfebezieher werden zukünftig finanziell schlechter gestellt, aber auch alle Sozialhilfeempfänger, die das sog. ALG II beziehen werden.
- Die Schärfe von Hartz IV kann man auch an der Wohnungsfrage demonstrieren. Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden für alle ALG II Empfänger pauschaliert, so wie wir es bereits aus der Sozialhilfe kennen. Übernahme von Mietschulden werden nicht bei drohender Wohnungslosigkeit gewährt, sondern nur dann wenn eine konkret in Aussicht stehende Arbeit gefährdet ist – natürlich als rückzahlbares Darlehen.
- Der Staat drängt die Arbeitslosen in Billigwohnungen ab, schafft soziale Brennpunkte von morgen bzw. verschlechtert eklatant die Bedingungen in bereits sehr belasteten Stadtteilen wie hier im Norden Dortmunds.

Anspruch und Wirklichkeit der Folgen der neuen Arbeitsmarktinstrumente

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau. Arbeitslosenhilfebezieher sollen nicht schlechter gestellt werden als bisher“: so Schröder

Wir erinnern uns: Hartz wollte bis Ende 2005 die Arbeitslosenzahlen halbieren, ein wesentliches Herzstück dieses Zieles ist die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen (PSA), ein weiteres die Ich-AG`s. Das Arbeitsamt nimmt diese Aufgabe nicht selber wahr, sondern vergibt sie an Dritte – nämlich an Zeitarbeitsfirmen, also in Leiharbeitsverhältnisse. In Dortmund sind bis Ende 2003 480 Arbeitnehmer angestellt, 107 sind in Arbeitsverhältnisse gekommen.

Zu fragen ist: Werden wirklich mehr reguläre Arbeitsplätze geschaffen oder wird die Verdrängung von Vollzeitarbeit durch Leiharbeit weiter systematisch vorangetrieben wie in den letzten Jahren? Sind PSA`s nicht ein Mittel zur Privatisierung der Bundesanstalt? Allgemein bekannt ist, dass Firmen planen, ¼ ihrer Belegschaft aus Leiharbeitern zu rekrutieren, die brutalste Variante ist Entlassung von Beschäftigten und Einstellung über PSA- gleiche Arbeit – weniger Verdienst. Ebenso ist zu befürchten, dass durch die Zunahme von Ich-AG`s Arbeitsplätze verloren gehen – Hartz empfahl Kleinbetrieben, die Hälfte ihrer Belegschaft durch Ich-AG`s zu ersetzen.

Da mangelnde Eigenaktivitäten, mangelnde Flexibilität, Mobilität und Vermittlungsresistenz die Gründe für Arbeitslosigkeit sind, müssen weitere Verschärfungen der Zumutbarkeiten geschaffen werden. Jegliche Arbeit ist anzunehmen, dazu gehört auch die gemeinnützige Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung von 1,50 €, wir sagen Pflichtarbeit.

Die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen unterstellt, dass diese Angebote an Bedeutung zunehmen, reguläre Beschäftigung nur noch eine Randrolle spielen wird. Der Berufsschutz wird abgeschafft, Ausweitung von Niedriglohnjobs, eine Spirale des Lohndumping kommt in Gang, das gesamte Tarifgefüge wird/soll Schaden nehmen

Was ist zu tun ?

Zu den Gesetzesmaßnahmen der Regierung müsste noch sehr viel gesagt werden, wichtig wird es sein Menschen gut zu informieren, die Folgen für alle genau zu beschreiben und Alternativen zu diskutieren und zu fordern. Wir wehren uns gegen diese ungeheure armutspolitische Ignoranz, der Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen, der Abgehobenheit von Realitäten und dem Alltag von Menschen bereits am Rande der Gesellschaft. Sie schockiert und stößt zugleich ab. Wer tatsächlich an Solidarität und Gerechtigkeit geglaubt hat, dem offenbart sich die hässliche Kehrseite der Agenda.

Artikelauswahl

Bange Frage zum Geburtstag: Überlebt das ALZ Dortmund?

Westfälische Rundschau vom 26.02.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

(caf) Seit zwanzig Jahren gibt es das Arbeitslosenzentrum Dortmund. Zwanzig Jahre Beratung in rechtlichen Fragen, Treffpunkt und politisches Sprachrohr der Arbeitslosen.

Doch was eigentlich ein Grund zum Feiern wäre, wird von einer ungewissen Zukunft überschattet: Niemand kann sagen, ob das "ALZ" seinen 21. Geburtstag noch erlebt. Gisela Tripp, Leiterin des Zentrums, erklärt warum: "Wir wissen nicht, wie die Hartz-Gesetze konkret umgesetzt werden. Unsere Finanzierung durch Landesmittel ist bis Ende 2004 definitiv gesichert. Was danach passiert, weiß noch niemand."

Doch dass es massive Veränderungen geben wird, ist klar. Dabei kann das Zentrum schon jetzt den Bedarf kaum bewältigen: 1 500 Beratungsgespräche haben die beiden teilzeitbeschäftigten Pädagoginnen im letzten Jahr geführt und mussten dabei noch viele Anfragen abweisen. Wie nützlich das Zentrum ist, kann und will niemand abstreiten: die Stadt stellt kostenlose Räumlichkeiten zur Verfügung, das Arbeitsamt verweist viele Beratungssuchende weiter an das Zentrum, die Akzeptanz unter den Arbeitslosen ist kontinuierlich hoch.

Für Dirk Völkner beispielsweise war das Zentrum eine wichtige Anlaufstelle: Der Webdesigner wurde im Juli 2002 arbeitslos und fand im "ALZ" kompetente Ansprechpartner und eine gute Möglichkeit, um beruflich am Ball zu bleiben: Er entwickelte eine neue Homepage für das Zentrum, baute ein Netzwerk.

Renate Chelminiecki, Leiterin des Vereins Arbeitslosenzentrum, erläutert die Struktur: "Unser Vorstand setzt sich aus Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, Vertretern des DGB und der IG Metall, sowie mehreren Arbeitslosen zusammen. Wir stützen uns auf eine sehr breite Trägerschaft, doch natürlich sind wir auf die Mittel vom Land angewiesen."

Die ungewisse Zukunft ist natürlich auch Thema bei der heutigen Feier im Wichernhaus: außer den Grußworten und Geschichten aus zwanzig Jahren ALZ wird auch ein politischer Vortrag zu den sozialen Reformen zu hören sein.

Politik benutzt Arbeitsamt als Sündenbock

WR: 21.02.2002 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

Geschönte Vermittlungsstatistiken, Verschwendung von Steuergeldern, schlampige Beratung: Die Arbeitsämter beziehen Prügel von allen Seiten. Das Dortmunder noch mehr als andere, weil es eine jener fünf Behörden ist, deren Überprüfung den Skandal erst los trat. Direktor Werner Schickentanz schweigt - und erhält jetzt unverhofft Rückendeckung. "Die Politik hat einen Sündenbock gefunden und entzieht sich ihrer Verantwortung", sagt Gisela Tripp. Sie leitet das Arbeitslosenzentrum Dortmund. Seit 1984 gibt es den eingetragenen Verein schon. Mehr als

1 000 Arbeitslose suchen die Stelle an der Leopoldstraße 16 pro Jahr auf, um sich individuell beraten zu lassen. Die meisten zwischen 30 und 50 Jahren, Hilfsarbeiter ebenso wie Akademiker, die meisten mit abgeschlossener Berufsausbildung. Rund 6 000 Ratsuchende nehmen an Gruppentreffen teil: vom Arbeitslosen-Frühstück bis zum Seminar für die Jobsuche im Internet. "Wir machen hier die Sozialarbeit, die das Arbeitsamt gar nicht leisten kann", sagt Gisela Tripp. Mit einviertel Planstellen. Klar, sagt Gisela Tripp, seien immer einige dabei, die sich vom Arbeitsamt schlecht beraten oder mies behandelt fühlen. Doch erstens seien das Einzelfälle und zweitens gingen manche Arbeitslose auch mit überzogenen Vorstellungen zum Vermittlungsgespräch. Ihre Erfahrung und die ihrer Kollegin Bertrix Heßling: "Die Arbeitslosen kritisieren eher die Politik als die Vermittler, die dennoch den geballten Frust abbekommen." Fakt sei: Die Politiker hätten über viele Jahre hinweg einen Dschungel von Gesetzen und Verordnungen geschaffen, den man mit der Machete roden müsste, um wieder Durchblick zu gewinnen. Sie selber, so Gisela Tripp, habe den Anspruch, Paragraphen auswendig zu können, längst aufgegeben. Hinzu komme, dass die Arbeitsverwaltung eine tief greifende Umorganisation hinter sich habe, inklusive Stellenabbau, bei gleichzeitig steigenden Anforderungen. Dass sich etwa die Zahl der Vermittler nicht an der Arbeitslosenquote orientiere, sondern an der Bevölkerungszahl, sei eine Farce. Folge: Ein vergleichbarer Arbeitsamtsbezirk in Süddeutschland sei personell exakt wie der Dortmunder ausgestattet. "Obwohl die Quote hier über 14 und dort vielleicht unter sieben Prozent liegt."

Im Job-Aktiv-Gesetz von Arbeitsminister Walter Riester vermag Gisela Tripp den Befreiungsschlag nicht zu erkennen. Eher fürchtet sie das Gegenteil: Dauerarbeitplätze, die flöten gehen; Zeitarbeitsfirmen, die ihre Mitarbeiter, vor allem ausländische, ausbeuten. Auch im Zusammenhang mit der Kombilohn-Debatte stelle sich die Frage: "Haben wir wirklich einen Niedriglohnsektor, der so viele Jobs her gibt?" Die IHK Dortmund habe mit nein geantwortet. Die eigentliche Aufgabe bestehe darin, einen regulierten Arbeitsmarkt zu schaffen. Doch dazu sei Politik nicht fähig. Den hohen Druck gebe sie an die Arbeitsämter weiter - die an ihre Mitarbeiter. Und die Folgekosten verfehlter Arbeitsmarktpolitik würden "auf die Kommunen abgewälzt". Von Frank Fligge

Niedriglöhne für Arbeitslose

Westfälische Rundschau vom 23.02.2004 / POLITIK / MANTEL

Düsseldorf. Die Hartz-Reformen sollen das Land aus der Beschäftigungskrise ziehen. Mit der Insolvenz von Maatwerk, der Arbeitnehmer-Verleihfirma in Diensten der Bundesagentur für Arbeit (BA), erleben sie jetzt eine erste Pleite. Die BA hält am Konzept fest - es ermöglicht der Behörde die Vermittlung in den Niedriglohn-Sektor.

Durchschnittlich 1056 Euro pro Arbeitslosen überweisen die örtlichen Agenturen für Arbeit in NRW, die früheren Arbeitsämter, pro Monat an Arbeitnehmer-Verleihfirmen wie Maatwerk. Diese offiziell Personal-Service-Agenturen (PSA) genannten Unternehmen haben Arbeitslose vom Amt übernommen und versuchen, diese Männer und Frauen, die jetzt auf ihrer Gehaltsliste stehen, mit Gewinn auszuleihen. Dabei drängt die Zeit: Ab dem vierten Monat sinkt die Überweisung des Arbeitsamts auf gut 750 Euro, zwischen dem sechsten und neunten Monat halbiert sich der Zuschuss des Arbeitsamts. Vermittelt die PSA den Arbeitslosen dagegen in eine Festanstellung, so erhält sie in den ersten drei Monaten eine "Integrations-Prämie" von 200 Prozent des Zuschusses, zwischen dem dritten und sechsten Monat von 150 Prozent und ab dem sechsten Monat von 100 Prozent.

"Wir wollen über die PSA Arbeitslose kurzfristig in Jobs bringen", heißt es beim Arbeitsamt. Bei den "Tarifen" von durchschnittlich gut 1000 Euro, die als Zuschuss der BA fließen, sind dies allerdings in der Regel nur gering bezahlte Jobs. Dieser Effekt ist durchaus gewollt; spätestens wenn ab 2005 Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammen gelegt werden, sinken die Zuschüsse der BA. Weil zudem Höherqualifizierte nahezu alle Jobs annehmen müssen, werden viele Arbeitnehmer Beschäftigung nur noch zu geringen Bezügen finden.

Während bis vor zwei Jahren Arbeitslose in der Hoffnung qualifiziert wurden, dass sich anschließend auch entsprechende Jobs finden würden, so geht es jetzt um Vermittlung in Arbeit - ohne große Rücksicht auf Qualifikation und frühere Bezahlung der Arbeitslosen. 2003 finanzierte die BA in NRW 44 600 Arbeitslosen eine berufliche Qualifizierung. Das waren 44 Prozent weniger als 2002. Die Ausgaben sanken binnen Jahresfrist um 224 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro.

"Der entscheidende Erfolgsfaktor beruflicher Qualifizierung ist die Arbeitsaufnahme", sagt Karsten Koppe, Leiter des Landesarbeitsamts NRW. "Viele teure Neuorientierungen haben sich nicht gerechnet." Jetzt wird "gefordert und gefördert" - allerdings um den Preis gesicherter hoher Entgelte und hin in Richtung auf einen Niedriglohn-Bereich, für den vor Jahren kaum deutsche Arbeitnehmer zu finden waren.

Von Martin Rothenberg

Pleite nach Maß

Der Spiegel Heft 9/2004 vom 22.2.2004.

Die Insolvenz der deutschen Tochter des Personaldienstleisters Maatwerk bringt das Herzstück der Hartz-Reform ins Gerede. Ist das Konzept schon gescheitert?

Das unrühmliche Ende von Maatwerk - was so viel wie Maßarbeit bedeutet - kam am Freitag, dem 13. Ausgerechnet an diesem Festtag der Abergläubischen musste die deutsche Tochter des niederländischen Arbeitsvermittlers der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg mitteilen, dass sie sich hoffnungslos verkalkuliert hatte und wegen Zahlungsunfähigkeit ihr Geschäft mit den Personal-Service-Agenturen einstellen muss. Drei Tage später folgte der Gang zum Insolvenzrichter.

Personal-Service-Agenturen, kurz PSA genannt, sind das Herzstück der Hartz-Reform. Sie sollen vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeitslose befristet anstellen und diese entweder verleihen oder dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Alles gefördert von der BA, die dafür in diesem Jahr rund 600 Millionen Euro zur Verfügung stellt - und auf diese Weise ganz nebenbei die Statistik bereinigt.

Bei diesem Geschäft wollten die Holländer von Anfang an ganz groß dabei sein. Für mehr als 200 solcher Agenturen beantragte und bekam Maatwerk den Zuschlag, knapp 10 000 Menschen musste der Personaldienstleister plötzlich zwischen Aachen und Zwickau beschäftigen.

Mit dieser Aufgabe war das auf diesem Gebiet völlig unerfahrene Unternehmen maßlos überfordert. Bislang nämlich hatte Maatwerk vor allem Erfolg mit schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängern, die es wieder in den Arbeitsmarkt eingliederte. Dabei ging es maximal um 1000 Personen, jetzt musste es sich plötzlich um 10 000 Menschen kümmern, ohne über die nötige Infrastruktur zu verfügen.

In den 150 Regionalbüros herrschten offenbar unhaltbare Zustände. Ein ehemaliger Maatwerk-Mitarbeiter alarmierte die Nürnberger BA, deren Mitarbeiter am Donnerstag vergangener Woche unangekündigt in der PSA des Unternehmens in Recklinghausen auftauchten.

Sie fanden alles wie beschrieben: Über Monate hinweg waren Berichte über angebliche Schulungen der Mitarbeiter erfunden und Arbeitsverträge so umdatiert worden, dass die Behörde höhere Zuschüsse zahlen musste, als Maatwerk eigentlich zustanden. Statt der vertraglich zugesicherten sechs Disponenten betreuten gerade einmal zwei Mitarbeiter die Jobsuchenden. "Kreative Vertragsgestaltung" nennt Maatwerk-Geschäftsführer Jos Berends diese Praxis heute.

Die Pleite war absehbar. Als sich die Bundesregierung anschickte, die Hartz-Konzepte umzusetzen, witterten neben Maatwerk-Chef Berends massenhaft Branchenfremde das große Geschäft. Plötzlich durften sich Weiterbildungseinrichtungen als Personaldienstleister probieren, sogar Wach- und Schließgesellschaften kamen zum Zug. Mit fatalem Ergebnis: Von der Eröffnung der ersten PSA im April 2003 bis Januar 2004 waren rund 47 000 vormals Arbeitslose in PSA beschäftigt. Nur 6375 fanden in diesem Zeitraum tatsächlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung - bei ihnen klappte der so genannte Klebeeffekt. Ursprünglich sah Hartz in seinem Konzept einmal bis zu 350 000 PSA-Beschäftigte vor, die innerhalb von drei Jahren wieder einen Dauerjob finden sollten.

Dass diese Bilanz so niederschmetternd ausfällt, liege nicht am Hartz-Konzept selbst, sondern an dessen Handhabung, meinen Experten. "Es haben viel zu viele Laien einen Zuschlag erhalten", sagt Thomas Reitz, Deutschland-Chef der Zeitarbeitsfirma Manpower. "Man kann nicht in wenigen Monaten aufbauen, wofür wir 40 Jahre gebraucht haben."

Zudem sei die Vergabe der PSA-Lizenz viel zu oft am Preis gescheitert. So schätzen Fachleute, dass mindestens 60 Prozent der PSA-Betreiber wegen ihrer Dumpingpreise und nicht wegen nachgewiesener Qualifikation den Zuschlag erhalten haben. Auch Maatwerk glänzte durch ein konkurrenzlos billiges Angebot, obwohl es offensichtlich kaum über finanzielle Reserven verfügte. Nun müssen sich die Nachlassverwalter mit diesem Problem herumärgern. "Mich treibt die Frage um, warum die Bundesanstalt mehr als 10 000 Arbeitnehmer einer GmbH anvertraut hat, die über ein Stammkapital von nicht mal 25 000 Euro verfügt", sagt der Maatwerk-Insolvenzverwalter Gerd Weiland.

Leidtragende der Insolvenz sind vor allem die rund 9500 externen Beschäftigten, ehemalige Arbeitslose, die Maatwerk über Leiharbeit in einen Job vermitteln wollte. Gehälter wurden bei dem Unternehmen immer erst zum 15. des Folgemonats gezahlt. In dieser Woche wäre das Januar-Gehalt fällig gewesen. Doch wegen der Insolvenz bleibt die Zahlung aus.

Maatwerk ist kein Einzelfall. Am gleichen Tag wie Maatwerk meldete auch die Agens Arbeitsvermittlung in Siegburg Insolvenz an. Agens hatte allerdings nur fünf PSA. Und drei Verträge waren bereits von der BA gekündigt worden - wegen Erfolglosigkeit.

Diesen Vorwurf will Maatwerk-Chef Berends für sein Unternehmen aber nicht gelten lassen. Immerhin seien rund 2000 Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden. Und hätte er von der BA mehr Zeit und von den Banken mehr Geld bekommen, wäre "das Projekt PSA sicher gelungen", sagt Berends. "Ich denke, dass wir in der Summe unsere Sache gut gemacht haben."

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, JANKO TIETZ

Maatwerk: 350 Mitarbeiter derzeit ohne Perspektive

17.02.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

Mit "Maatwerk" droht ein wichtiger Pfeiler im Hartz-Konzept wegzubrechen. Denn die Personal-Service-Agenturen (PSA), die "vermittlungsorientierte Zeitarbeit mit Qualifizierung" betreiben sollen, kommen nicht richtig ans Laufen.

Durch die "Maatwerk"-Insolvenz, dem mit Abstand größten PSA-Anbieter auch in Dortmund, stehen eventuell 350 Menschen ohne Job da. Sie haben bei "Maatwerk" auf Zeit einen Arbeitsplatz gefunden. Insgesamt für 380 der 480 für Dortmund vorgesehenen Plätze hat die Dortmunder Agentur für Arbeit (ehemals Arbeitsamt) mit "Maatwerk" abgeschlossen. Wie es mit ihnen nun weitergeht, ist offen. "Ich weiß nicht, ob „Maatwerk“ noch weiter arbeitet. Offiziell gibt es in Dortmund noch keine Angaben, dass die Arbeit eingestellt wird", berichtet Michael Stechele, Kundenbereichsleiter bei der Agentur für Arbeit.

Die Agentur hat die Verträge mit "Maatwerk" vorsorglich gekündigt. "Es ist ein herber Rückschlag", so Stechele. "Hoffentlich nimmt jetzt nicht das gesamte Image von Zeitarbeit Schaden." Für Dortmund sei es doppelt schlimm, da aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit "Maatwerk"-Beschäftigten kaum Alternativen hätten.

"Es ist ein manifester Gau der reformierten Arbeitsmarktpolitik", kritisierte Eberhard Weber, Vorsitzender des DGB östliches Ruhrgebiet. Über das zentrale Einkaufsmanagement der Bundesagentur für Arbeit sei in kürzester Zeit faktisch ein Monopolist aufgebaut worden. Warnsignale aus der Selbstverwaltung, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sitzen, seien ignoriert worden.

Von Alexander Völkel

Nur mit Tricks unter fünf Millionen

Der Spiegel vom 5.2.2004: ARBEITSLOSENSTATISTIK

Bei der Vorstellung der neuesten Zahlen zum Arbeitsmarkt musste sogar Wirtschaftsminister Clement zugeben, dass man sich eines statistischen Kunstgriffs bedient hatte. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit: Ohne Zahlenkunst müsste die Regierung längst Horrorzahlen melden.

Nürnberg/Braunschweig - Die Herren von der Bundesagentur für Arbeit (BA) wissen, wie man unangenehme Wahrheiten in undramatische Worte fasst: "Die jüngste ungünstige Entwicklung ist wohl nicht als konjunkturelle Verschlechterung zu interpretieren", kommentiert der momentane BA-Chef Frank-Jürgen Weise den Anstieg der Arbeitslosenzahl auf knapp 4,6 Millionen. Sein Vorstandskollege Heinrich Alt wagt sogar einen optimistischen Ausblick: "Selbst wenn wir im Februar noch einmal einen Wintereinbruch haben sollten, werden wir nach menschlichem Ermessen die Fünf-Millionen-Grenze weit unterschreiten."

Und natürlich verwenden beide wieder die Zauberformeln "saisonbereinigt" und "wittungsbedingt", um eine Teilschuld an der Arbeitsmarktmisere höheren Gewalten zuzuschreiben. Saisonbereinigt und nominell sei die Arbeitslosenzahl um 81.000 zurückgegangen, sagt Weise. Besser wäre gewesen, er hätte von "politikbereinigt" gesprochen, dem gezielten Herausdrängen von Arbeitslosengruppen aus der offiziellen Statistik. Mitterweile haben die Zahlenkünstler der BA nämlich so tief in die Trickkiste gegriffen, dass die saisonalen Schwankungen längst nicht mehr das eigentliche Problem sind, wenn es um den Vergleich der Zahlen geht.

Nach Ansicht von Richard Hartwig, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Braunschweig, müsste die Arbeitslosenzahl mittlerweile über fünf Millionen liegen. "Die Zahl ist über 500.000 geschönt", sagt der Unternehmer. Seine Rechnung ist einfach: Braunschweig, zu dessen Arbeitsamtsbezirk auch Salzgitter und Wolfenbüttel gehören, liegt mit rund 27.000 Arbeitslosen ziemlich genau im Durchschnitt der 180 deutschen Arbeitsämter. Allein in den vergangenen Zahlen sind laut Hartwig knapp 2800 Arbeitslose wegen Änderungen in der Zählweise aus der Statistik gestrichen worden. Auf Deutschland hochgerechnet wäre das etwa eine halbe Million Arbeitssuchender, die derzeit nicht mehr erfasst werden.

Dass die Hartwigs Schätzungen noch vorsichtig sind, zeigt eine genauere Betrachtung der statistischen Tricks, die allein in jüngster Vergangenheit angewendet wurden.

Trick 1: Wer trainiert wird, ist nicht mehr arbeitslos

Im Dezember 2003 galten diejenigen statistisch als arbeitslos, die sich vom Arbeitsamt bei ihren Bewerbungen helfen lassen - sich also in so genannten Trainingsmaßnahmen befinden. Würde man die trainierten Arbeitslosen wieder in die Statistik einrechnen, käme man schon auf 4,67 Millionen.

Trick 2: In die PSA, und raus bist Du

Über das Vehikel der Personalserviceagenturen (PSA) hat die Bundesagentur Arbeitslose in großer Zahl an andere Vermittler abgegeben. Die PSA-Kräfte wurden sofort aus der Statistik entfernt - ganz egal, ob sie auch eine Stelle fanden oder nicht. Zum Jahresschluss 2003 waren aber nur knapp 6000 dieser Arbeitssuchenden vermittelt, etwa 30.000 warteten auf eine Job, genauso wie ganz normale Arbeitslose. Ohne PSA und Trainingsmaßnahmen müsste die BA also schon von 4,7 Millionen Arbeitslosen sprechen.

Trick 3: Wer 58 ist, wird in Ruhe gelassen, wenn...

Wer dieses Alter erreicht hat, kann nämlich Paragraph 428 des Sozialgesetzbuches III nutzen und die so genannten "erleichterten Leistungen" in Anspruch nehmen. Er erhält dann unverändert seine Untersützung, muss sich aber nicht mehr alle drei Monate beim Arbeitsamt melden. Bis Dezember 2003 ist die Zahl dieser nicht mehr suchenden Arbeitslosen auf knapp 357.000 angestiegen. Ohne die Tricks 1 bis 3 müsste die BA somit 5,06 Millionen Arbeitslose melden.

Verständlich, dass die Opposition die heutige Vorstellung der Arbeitsmarktzahlen für derbe Attacken nutzte. CDU-Arbeitsmarktexperte Karl-Josef Laumann forderte ein sofortiges Ende der "billigen Statistiktricks". Nach den Worten des CSU-Politikers Peter Ramsauer hat die Regierung damit "die Marke von fünf Millionen Arbeitslosen verhindert". FDP-Vize Rainer Brüderle sagte, "mit hilflosen Zahlentricksereien bekommt die Bundesregierung die Arbeitslosen vielleicht aus der Statistik, von der Straße holt man sie auf diese Weise nicht".

Zusätzlich zu der offensichtlichen Zahlenakrobatik deckt die Arbeitslosenzahl natürlich noch längst nicht alle Menschen ab, die auf dem Arbeitsmarkt um Stellen kämpfen. Die BA selbst hat mit schärferen Kontrollen der gemeldeten Arbeitslosen dafür gesorgt, dass sich im vergangenen Jahr rund 700.000 Arbeitslose mehr in "sonstige Nichterwerbstätigkeit" verabschiedet haben als 2002. Anders gesagt, verzichten immer mehr Arbeitssuchende auf die Leistungen vom Arbeitsamt, weil sie mit der staatlich verordneten Arbeitssuche nicht klarkommen. Außerdem verschweigt die Statistik diejenigen, die erst gar nicht zum Amt gehen, weil sie noch keine Leistungsansprüche erworben haben - wie etwa Jugendliche oder Hausfrauen. Insgesamt beziffert die Rürup-Kommission diese so genannte "Stille Reserve" auf etwa 1,3 Millionen Menschen.

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement lässt sich von solchen Zahlen nicht die Laune verderben. Aus seiner Perspektive ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, und das charakterisiere "die Aufwärtsentwicklung am Arbeitsmarkt, die seit Frühjahr 2003 zu beobachten ist". Dass der Rückgang nur durch eine Manipulation zustande gekommen ist, bezeichnete der Wirtschaftsminister als "eine notwendige Klarstellung in der Arbeitsmarktstatistik".

Von Carsten Matthäus

Hartz IV: 42000 erhalten Wohnbeihilfen

Ruhr Nachrichten - 25. 02. 2004

Die Auswirkungen der Umsetzung von Hartz IV zum 01.01.2005 auf Dortmund. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohnbeihilfen. Das Dortmunder Sozialamt und die Belastung des kommunalen Haushalts durch Hartz IV. (Artikel aus: Ruhrnachrichten, 25.02.04)

Hartz IV rückt näher und beschert dem Sozialamt jede Menge Arbeit. Ab Januar 2005 werden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt. Mit teuren Folgen für die Kommunen: Sie rechnen mit einer Mehrbelastung von zehn bis zwölf Millionen Euro pro 100000 Einwohner.

Das Sozialamt, dezentralisiert auf alle zwölf Stadtbezirke, steht möglicherweise vor einer größeren Umstrukturierung. Peter Bartow, der nach der Pensionierung von Winfried Evers zum 1. April das Amt kommissarisch leitet, kann das Ausmaß zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht überblicken. Laut Gesetz ist im Vorfeld der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Bundesagentur für Arbeit und dem Sozialamt zu bilden. Erste gute Erfahrungen einer Kooperation machten sie, so Bartow, seit Oktober 2003 mit dem Modell "JobCenter", über das jugendliche Arbeitslose eine Chance erhalten.

Rund 130 Millionen Euro für Sozialhilfe weist der städtische Haushalt aus. Noch betreut das Dortmunder Sozialamt rund 30000 Sozialhilfeempfänger in der Stadt. Nach Angaben von Bartow sind Ende Februar exakt 15849 Fälle von "Hilfe zum Lebensunterhalt" registriert. Etwa die Hälfte der Sozialhilfeempfänger gelte im Sinne des Sozial Gesetz Buches II (SGB) als erwerbsfähig, sind also zwischen 15 und 65 Jahre alt und aufgrund ihrer körperlichen Verfassung in der Lage, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten " so die Definition im SGB II. Für sie kommt die Hilfe quasi aus dem Topf der Arbeitsgemeinschaft. Vom Sozialamt erhalten sie Unterkunftszuschüsse (darunter auch Heizung), plus Beratung, Kleidung, Hausrat und Erstausrüstung für Neugeborene z. B..

Peter Bartow: "Wir bekommen aber etwa 25000 bis 27000 Kunden neu hinzu, die jetzt noch Arbeitslosenhilfe erhalten. Auch an sie sind ab Januar 2005 Wohnbeihilfen zu zahlen. Für uns bedeutet dies, dass dann für insgesamt rund 42000 Menschen in Dortmund so genannte SGB II-Leistungen zu zahlen sind."

Hartz IV ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Zumal der Bund noch um die genauen Ausführungsbestimmungen ringt. Da werden Erinnerungen an das Gesundheitsmodernisierungsgesetz wach.bö

Hartz IV: Unklare Finanzlage sorgt für Gänsehaut und Rätselraten um Ergebnis

Westfälische Rundschau vom 17.02.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

(psr) Die Auswirkungen von Hartz IV gerieten gestern im Sozialausschuss zum Rechen-spiel. Bestenfalls mit ungewissem Ergebnis. Im schlimmsten Fall mit einem zweistelligen Minus in Millionenhöhe.

Mit einer Haushalts-Einsparung von 42 Mio. Euro hatte Dortmund für 2005 gerechnet. Doch was vor wenigen Monaten noch feste Zuversicht war, ist längst mit mehr als einem Fragezeichen versehen. Hintergrund ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. In Dortmund fallen rund 42 000 Fälle unter die Neustrukturierung. Die Kommune soll für Kosten in Sachen Unterkunft, Heizung und Beihilfe aller erwerbsfähigen Arbeitslosen aufkommen, die unter die Rubrik ALG II fallen.

Derzeit fließen rund 130 Mio. Euro in Sozialhilfeleistungen (plus 26,4 Mio. Euro Wohn-geld vom Land). Rechnerisch kämen künftig Aufwendungen in Höhe von 214 Mio. Euro auf die Stadt zu. Rechnerisch benötige sie rund 69 Mio. Zuwendungen von Land und Bund, die Einsparungen bei der Krankenhilfe von rund 16,7 Mio. Euro und weitere 6,1 Mio. Euro Einsparungen durch "Hilfe zur Arbeit". Dann gäbe es, so Siegfried Pogadl, eine Haushaltsverbesserung von gut 6,6 Mio. Euro. Alles entscheidend sei das "Optionsgesetz".

An das Rechenbeispiel wollte gestern niemand mehr glauben. Aktuelle Berechnungen gehen davon aus, dass pro 100 000 Einwohner ein Defizit von rund 12 Mio. Euro auf die Kommunen zukommen. Nach groben Schätzungen drohe Dortmund ein Risiko zwischen 60 und 80 Mio. E.

Die Ausschuss-Vertreter sehens mit Betroffenheit und Unverständnis: Frank Hengstenberg (CDU) baut auf einen Richtungswechsel durch den Städtetag. Birgit Unger (Grüne) sieht zwei Möglichkeiten: "Entweder man nimmt das nicht mehr ernst, bis wir das Ergebnis kennen, oder man bekommt eine Gänsehaut." Reinold Giese (SPD): "Ich habe große Bedenken, wie es weitergehen soll." Wer von einer Entlastung für die Kommunen sprach, hatte wohl bei der Berechnung "keinen Taschenrechner dabei..."

Dreimal mehr Sozialhilfe als 1962

WR: 18.11.2003 / POLITIK / MANTEL

Berlin. Seit 1962 wird in Deutschland Sozialhilfe gewährt. Seitdem hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdreifacht.

Das sagte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen. Zu den auffälligsten Ergebnissen seiner Erhebung zählt, dass Kinder unter 18 Jahren immer häufiger in die Sozialhilfe rutschen: Ende 2002 waren es eine Million oder 37 Prozent aller Hilfeempfänger oder 6,6 Prozent der Bevölkerung.

Dagegen lag die Zahl älterer Menschen mit Sozialhilfebezug "nur" bei 303 000, ein Anteil von elf Prozent an den Hilfebeziehern und von 1,3 Prozent an der Bevölkerung.

Während die Sozialhilfequote bei Deutschen bei 2,9 Prozent lag, war sie für Ausländer mit 8,4 Prozent fast drei Mal höher. An den Sozialhilfebeziehern hatten sie gut ein Fünftel Anteil.

Bedürftigkeit steigt mit Zahl der Kinder

Frauen mit Kindern sind besonders betroffen: Jede vierte allein Erziehende war zuletzt auf Sozialhilfe angewiesen. Dabei steigt ihre Bedürftigkeit deutlich mit der Kinderzahl. Mit einem Anteil von 3,7 Prozent sind sie zudem erkennbar häufiger als Männer (3,0 Prozent) von Sozialhilfe abhängig.

Schätzungsweise knapp eine Million Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) war Ende 2002 nicht erwerbstätig. Sie sollen künftig durch die Hartz-IV-Reform (Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe) in die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter einbezogen werden. Bei Eingliederung in den Arbeitsmarkt würden auch viele ihrer Familienmitglieder nach Einschätzung der Statistiker keine Sozialhilfe mehr benötigen.

Für die 606 000 Haushalte, die im Laufe des Jahres 2002 keine Sozialhilfe mehr erhielten, endete die Sozialhilfe im Durchschnitt nach knapp 17 Monaten. Sieben Prozent der Haushalte waren mehr als fünf Jahre in der Sozialhilfe.

Immer mehr Kinder leben von Sozialhilfe

WR: 18.11.2003 / POLITIK / MANTEL

Berlin. (dpa) In Deutschland rutschen immer mehr Kinder, Frauen und Ausländer unter das Existenzminimum und damit in die Sozialhilfe.

Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten 40 Jahren auf 2,76 Millionen Personen Ende 2002. Die Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der Gesamtbevölkerung) hat sich in den letzten 40 Jahren mehr als verdreifacht: Von 1,0 Prozent - damals nur Westdeutschland - auf 3,3 Prozent in ganz Deutschland. Dies sagte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, gestern in Berlin. Bericht S. Politik

Zahl der Verschuldeten steigt: Zu wenig Berater für immer mehr Fälle

WR: 04.02.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

Seit Jahren nimmt die private Verschuldung zu. Laut Amtsgericht waren 1996 rund 18 500 Dortmunder überschuldet. 2002 lag die Zahl bei über 24 000. Ein Problem, mit dem auch die Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale zu kämpfen hat.

Die nüchternen Zahlen ergeben sich aus der Zahl der beantragten Eidesstattlichen Erklärungen (Offenbarungseid). Doch hinter ihnen stehen Menschen. Schicksale. Leidensgeschichten. Das wissen Gesa Mielcke und Uta Petzolt, die beiden Schulden- und Insolvenzberaterinnen der Verbraucherzentrale nur zu gut. Spätestens wenn der Strom abgestellt und das Konto gesperrt wird, suchen die Betroffenen oft Hilfe bei der Schuldnerberatung. Zehn Anfragen täglich - keine Seltenheit. 6000 Kurzberatungen gab es allein in den letzten fünf Jahren seit Einführung der Privatinsolvenz.

Die bietet Verschuldeten erst den rechtlichen Rahmen, aus dem Schuldensumpf herauszukommen: Über 1. außergerichtliche Verhandlungen mit den Gläubigern, 2. den Versuch einer Einigung mittels Gerichten, 3. der Pfändung des Vermögens und 4. der kontinuierlichen Zahlung an Gläubiger über maximal sechs Jahre, bis man vom Gericht für schuldenfrei erklärt wird. Soweit die Theorie. In der Praxis ist die Einleitung der Privatinsolvenz sehr zeit- und kostenintensiv, zumindest, wenn man sich an einen Anwalt hält.

Die Verbraucherzentrale bietet die Beratung umsonst an. Könnte aber wegen der großen Nachfrage (drei bis vier Monate Wartezeit) mit eineinhalb Stellen nur 121 Anträge auf den Weg bringen. Ein Ziel der Privatinsolvenz, die Gerichte zu entlasten, könne so jedenfalls nicht erreicht werden.

Gründe für die Überschuldung gibt es viele: Arbeitslosigkeit, Scheidung, zu viele Kinder, nicht zuletzt steigende Fixkosten oder auch gescheiterte "Ich-AGs".

Von Peter Ring

Immer mehr Haushalte überschuldet

WR: 02.02.2004 / POLITIK / MANTEL

Osnabrück. Immer mehr Haushalte in Deutschland sind überschuldet.

Bei den Schuldnerberatungen meldeten sich im letzten Jahr bundesweit ein Drittel mehr Ratsuchende als im Vorjahr, wie die Chefin der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, Claudia Kurzbuch, der "Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte. Inzwischen seien drei Millionen Haushalte überschuldet.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen wird in diesem Jahr laut Schätzungen von Experten auf weit über 40 000 steigen. Der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen schätzt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im letzten Jahr auf rund 36 000, nach 21 440 im Vorjahr.

Als Gründe für die zunehmende Überschuldung nannte die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung die hohe Arbeitslosigkeit, die zunehmende Zahl von Scheidungen sowie neue

Marketingstrategien, mit denen Unternehmen für "Konsum auf Kredit" werben. Viele Menschen verlören auch durch die Nutzung von EC-Karten den finanziellen Überblick.

Aldi-Gründer drittreichster Mann der Welt

Der Spiegel Heft 1/2004 vom 27.2.2004: NEID-DEBATTE

Die Reichen werden wieder reicher: Nach mehreren mageren Börsenjahren gab es laut der neuen "Forbes"-Liste 2003 sagenhafte Zuwächse für die Milliardäre. Reichster Mensch bleibt Bill Gates, unter den Superreichen erstmals dabei: "Harry-Potter"-Autorin Rowling und die Erfinder der Suchmaschine Google.

Microsoft-Gründer Gates: Reicher gehts nicht

New York - Gates verfügt laut "Forbes" über ein Vermögen von 46,6 Milliarden Dollar, sechs Milliarden mehr als vor einem Jahr. Den zweiten Platz in dem Ranking belegte der amerikanische Investor Warren Buffett mit 42,9 Milliarden Dollar. Karl Albrecht, einer der Besitzer von Aldi, hat laut dem Ranking ein Vermögen von 23 Milliarden Dollar und kommt damit auf Platz drei. Sein Bruder Theo belegt mit einem Vermögen 18 Milliarden immerhin noch Platz 14.

Alles in allem war es ein ausgezeichnetes Jahr für die Superreichen. Nach mehreren mageren Börsenjahren stieg der Wert ihrer Aktienportfolios 2003 wieder deutlich an. Das Gesamtvermögen der 587 von "Forbes" gezählten Milliardäre stieg im vergangenen Jahr von 1,4 Billionen auf 1,9 Billionen Dollar.

Ein Neuzugang in der Aufstellung der 587 Dollar-Milliardäre ist die Autorin der "Harry-Potter"-Romane, Joanne Rowling. Sie belegte mit rund einer Milliarde Dollar allerdings nur den 552 Platz.

Neben den Aldi-Brüdern befinden sich weitere Deutsche unter den ersten 50 Personen auf der Liste. Susanne Klatten von BMW steht demnach mit 8,1 Milliarden Dollar auf Platz 40. Auf Platz 41 folgen Michael Otto und Familie vom gleichnamigen Versandhaus mit acht Milliarden Dollar. Rudolf August Oetker und dessen Familie liegen als Eigentümer des gleichnamigen Lebensmittelkonzerns mit 7,5 Milliarden Dollar auf Platz 50.

Ein guter Jahrgang

Insgesamt 56 Reiche, die in der Vergangenheit wegen eines sinkenden Vermögens aus dem Ranking geflogen waren, schafften 2003 die Rückkehr - darunter auch mehrere Internet-Granden wie die Yahoo-Gründer Jerry Yang (1,9 Milliarden Dollar) und David Filo (2,2, Milliarden Dollar).

Neu auf der Liste sind auch Sergey Brin und Larry Page, die es mit einem Vermögen von einer Milliarde gerade noch geschafft haben. Die beiden Gründer der Web-Suchmaschine Google dürften allerdings im Laufe des Jahres auf die oberen Plätze katapultiert werden: Google will an die Börse gehen, Experten taxieren das kalifornische Unternehmen auf etwa 20 Milliarden Dollar.

Quelle: Forbes, *in Dollar

Zur Lage der Tageseinrichtungen für Kinder – Elternvereine in Dortmund

Berichtersteller: Udo Katzorek (Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes DPWV, Fachberatung von Kindertageseinrichtungen, die von Elterninitiativen betrieben werden)

Einführende Anmerkungen

Fachberater für den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder

Zuständigkeit: Elternvereine im DPWV

- 48 Träger mit 50 Einrichtungen
- Angebot: insgesamt 10% der Betreuungsplätze in Dortmund

Elternvereine sind selbständige Träger von Tageseinrichtungen für Kinder mit

- einer gesetzlichen Betriebskostenförderung von 96% und
- einem Eigenanteil an den jährlichen Betriebskosten von 4%
- der Eigenanteil muss von den Eltern, deren Kinder die Einrichtungen besuchen, durch zusätzliche Elternbeiträge erbracht werden
- in der Regel 15-40 € pro Monat

Wie stellt sich die momentane Situation der Einrichtungen dar ?

Bevor ich zu den Haushaltskürzungen 2004/2005 komme, müssen wir wissen, dass

- der Bereich Tageseinrichtungen für Kinder schon in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte im Personal- sowie im Sachkostenbereich erfahren musste,
- bereits die letzte Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder in NRW zu einer Einsparung von mehr als 200 Mio € führte, die massive Einschnitte im Sachkosten- sowie im Personalkostenbereich mit sich brachte,
- die im Jahr 1998 festgelegte Grundpauschale schon jetzt in vielen Fällen nicht mehr auskömmlich ist, um die notwendigen Kosten abzudecken,
- die Rücklagen für z.B. Ersatzbeschaffungen seitdem nicht ausreichend gebildet werden konnten,
- die Rücklagen aus der Zeit vor 1998, soweit überhaupt vorhanden, in den letzten Jahren für die notwendigsten Ersatzbeschaffungen zumeist eingesetzt wurden.

Welche Veränderungen in den von Ihnen betreuten/beratenden Elterninitiative haben Sie in den letzten Jahren beobachtet ?

Die massiven Kürzungen im Sachkosten – sowie im Personalkostenbereich führten zu

- erheblichen Qualitätsverlusten in der Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Einrichtungen durch
 - die Reduzierung von Personalstellen
 - die Reduzierung von Leitungsfreistellungen
 - die Reduzierung von Vor- und Nachbereitungszeiten
 - die Reduzierung der Sachkostenmittel

und in den Elterninitiativen zusätzlich

- zu einer Erhöhung der Elternbeiträge zur Kompensation der Kürzungen und zum Erhalt der Bildungsqualität und
- zu höheren Anforderungen an das Ehrenamt der Eltern (Elterndienst, Vorstandarbeit, Renovierungsarbeiten, etc. zum Erhalt der Einrichtungsqualität)

und hiermit verbunden

- zu Problemen in der Gewinnung von neuen Eltern und Kindern.

Welche Auswirkungen erwarten Sie von Kürzungen der Landesmittel für Ihre Arbeit, die von Ihnen betreute Klientel sowie die allgemeine Situation in der Stadt Dortmund ?

Und nun zu den Kürzungen der Landesregierung 2004/2005 Sachkosten in Tageseinrichtungen für Kinder

Die Kürzungen von 120 Mio € stellt im Ergebnis eine Reduzierung der Grundpauschalen im Durchschnitt um 20% in zwei Jahren im Ergebnis dar. In absoluten Zahlen sind dies rund 2.000 € im Jahre 2004 und rund 3.000 € im Jahr 2005 pro Gruppe. Die Einsparungen bei den Mietern fallen um rund 400 € im Jahr 2004 ($1.916 - 400 = 1.516$ €) und rund 600 € im Jahr 2005 ($2.838 - 600 = 2.238$ €) aus.

Pro Kind werden im Jahr rund 100 € weniger zur Verfügung stehen

Die aus der Grundpauschale zu bestreitenden Sachkosten sind zu 70 % nicht oder kaum disponibel (Reinigung, Energiekosten, Wasser, Versicherungen, etc.)

Die Einsparungen gehen in erster Linie zu Lasten der Ausstattung (pädagogisches Material), Fort- und Weiterbildung des Personals und damit zu Lasten der Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen. Dies wird folgende Auswirkungen haben:

- Renovierungsarbeiten können nicht mehr durchgeführt werden
- Material oder gar pädagogisches Spielzeug kann nicht mehr angeschafft, ergänzt oder erneuert werden
- notwendige Fortbildungen nicht mehr besucht werden.

Noch im Sommer 2003 hat die Landesregierung mit den Trägern eine Vereinbarung für Bildungsqualität geschlossen – und nun werden die Mittel für die Tageseinrichtungen zusammengestrichen. Dies ist kontraproduktiv und verstößt gegen jede Vernunft. Es darf nicht sein, dass trotz Bildungsvereinbarung bei den Kleinsten gespart wird. Wenn die Landesregierung in der Bildung eine zentrale „Zukunftsressource“ sieht, muss es für die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen verlässliche und bessere Bedingungen geben. Die Landesregierung ignoriert die von ihr selbst propagierte Einsicht, dass der Elementarbereich die erste Stufe des Bildungswesen ist. Die Kürzungen sind und bleiben ein schwerwiegender Eingriff in die Rahmenbedingungen der Bildungsarbeit in den Tageseinrichtungen, die den Bestand von Einrichtungen gefährden.

50 Elterninitiativen in der Stadt Dortmund müssen im Jahr 2004 mit mehr als 120.000 € weniger auskommen. 2005 wird das Zählklappern noch größer – dann brechen mehr als 180.000 € weg.

- Einsparungen 2004/2005 „Elternverein in Dortmund“: insgesamt mehr als 300.000 €
- Einsparungen 2004/2005 „pro Einrichtung“: durchschnittlich mehr als 6.000 €.

Es ist zu befürchten, dass die jetzigen Kürzungen zwangsläufig

- Zum Abbau von bestehenden und gut funktionierenden Strukturen der **Familien-selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements in Elterninitiativen, bedingt durch**
 - weitere Qualitätsverluste bei der Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Einrichtungen,
 - weitere Erhöhungen der Elternbeiträge zur Kompensation der Kürzungen,
 - weitere Probleme bei der Gewinnung von neuen Eltern/Belegung von freien Plätzen
- zu Verlusten in der Trägervielfalt und
- zu weiteren Einschränkungen des Wahl- und Wunschrechtes der Eltern führen wird.

Welche Erwartungen und Forderungen haben Sie an die Politik ?

Das Recht der Kinder und das Interesse der Gesellschaft an guter Bildung muss in angemessenen Rahmenbedingungen seinen Ausdruck finden:

- ausreichende und verlässliche Finanzierung der Personal- und Sachkosten,
- zwei pädagogische Kräfte pro Gruppe,
- Freistellung bzw. anteilige Freistellung von Führungskräften,
- Reduzierung der Gruppengrößen,
- ausreichende Vor- und Nachbereitungszeiten für die pädagogischen Kräfte,
- ausreichende Finanzierung für die dringend notwendige Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals (Erhöhung der Fortbildungspauschalen),
- ausreichende Mittel für Qualitätssicherung und – weiterentwicklung,
- Erhalt und Ausbau von Fachberatung.

Zur Lage der Träger der Jugendberufshilfe

Berichterstatteerin: Sabine Kremer (Mitwirkende der Arbeitsgemeinschaft Jugendberufshilfe und Mitarbeiterin des Christlichen Jugenddorfs/Oespel)

Die Situation der Träger unter Einbeziehung der sich verändernden Zielgruppe und der Kürzungen durch die Bundesanstalt für Arbeit/Bundesagentur für Arbeit und den Landeshaushalt

Die aktuelle Situation der Träger ist geprägt von dem Damoklesschwert der zentralen Ausschreibungen und der Kürzungen im Landeshaushalt.

Es ist klar, dass ein Großteil der vorberuflichen Bildungsmaßnahmen zentral ausgeschrieben wird. Aus den Erfahrungen der ersten zentralen Ausschreibungswelle im Erwachsenenbereich wird dies bezogen auf die BVBs folgendes bedeuten:

- Wir müssen uns auf einen Preiskampf einstellen
- Wir müssen uns auf verringerte Qualitätsniveaus einstellen, da sich die Förderstruktur gemessen am neuen vorgegebenen Fachkonzept grundlegend verändert hat. Hier einige der vakantesten Veränderungen:
 - Die Kompetenzfeststellung, die zuvor in die Maßnahme integriert war, kann nun als separates Maßnahmenssegment verstanden werden.
 - Es wird eine Bildungsbegleitung geben, die noch genauer zu definieren ist.
 - Die Maßnahmen werden auf 9 Monate inklusive Kompetenzfeststellung verkürzt. Verlängerung nur bei Behinderung.
 - Der Schwerpunkt wird auf die betriebliche Qualifizierung gelegt, in der Qualifikationsbausteine aus anerkannten Ausbildungsberufen vermittelt werden müssen. Ziel: Verkürzung einer möglicherweise anschließenden Ausbildungszeit.

Im gleichen Zuge verändert sich jedoch die Zielgruppe der benachteiligten jungen Menschen:

- Die sozialen Systeme (Familie, Freunde etc.) werden immer instabiler und können immer seltener als unterstützendes Element hinzugezogen werden.
 - Die Verankerung in negativ unterstützende Peer groups wächst, und damit sinkt die Möglichkeit einer positiv verstärkenden Einflussnahme.
 - Die Auffälligkeiten der jungen Menschen werden massiver und multipler: der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund steigt (Sprach- und Integrationsproblematik).

Fazit: Die Anforderungen an die Maßnahmenträger und –teilnehmer werden höher bei geringerer Bereitstellung von finanziellen und zeitlichen Ressourcen und bei sich negativ verändernder Zielgruppe. Die Konsequenzen tragen die Jugendlichen.

Nun noch einige Anmerkungen zu Job Center 24:

Das Job Center 24 als Konstrukt wird von den Trägern der Jugendberufshilfe als positiv empfunden, da zunächst einmal jeder Jugendliche die Chance auf Arbeit erhält. Damit haben sich rein theoretisch die Chancen für benachteiligte Jugendliche auf Arbeit erhöht.

Ob dies tatsächlich so eintrifft, muss abgewartet werden. Glauben wir dem Bericht aus den Ruhr-Nachrichten vom 5.5.2004, so zählt sich die Arbeit des Job Centers 24 bereits jetzt schon sehr positiv aus. Hier wurde vermeldet, dass der Anteil der Arbeitslosen < 20 Jahre um 50% und der der Arbeitslosen < 25 Jahre um 15% gesunken sei.

Eines ist jedoch klar:

Wir können die besten strukturellen Reformen entwickeln und umsetzen: wenn sich die Konjunktur nicht verbessert, werden sich auch die Chancen der benachteiligten Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern.

Die Perspektiven auf einen Ausbildungsplatz sind gering, das Angebot an niederschweligen Arbeitsplätzen schwindet zunehmend.

Der Vollständigkeit halber möchte ich abschließend noch anmerken, dass die Umstrukturierung und die Sparmaßnahmen im Landeshaushalt auch einige Vorteile bieten:

- Trägerverbände sind möglich und damit auch eine Ressourcenbündelung und die Schaffung von Synergieeffekten. Arbeit am und mit dem Menschen kann effektiver gestaltet werden. Kleine Träger können aufgrund eines Verbundes oder einer Biertgemeinschaft an Maßnahmen teilhaben, die sie ansonsten aufgrund ihres Spektrums nicht hätten durchführen können.
- Eine Spezialisierung der Träger ist möglich und sinnvoll (Kernkompetenzen).

Artikelauswahl

JobCenter 24 glänzt mit ersten Erfolgen

Ruhr Nachrichten 5.2.2004

Die Agentur für Arbeit und das Sozialamt konnten gestern NRW-Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau erste beeindruckende Resultate des **JobCenters 24** vorstellen: Die Zahl der Arbeitslosen unter 20 Jahren ist innerhalb von einem Jahr um fast 50% gesunken, bei denen unter 25 Jahren um 15 %. "Da sollten manche weniger zum Verwaltungsrat nach Nürnberg schauen, sondern eher zum **JobCenter** in Dortmund", denn dort sehe man, dass sich etwas tut, empfahl der Minister. Dennoch sei das **JobCenter** noch eine gewaltige Baustelle. "Was sich auf Hochglanzpapier gut anhört, muss organisiert werden."

"Persönliche Note"

Ein Problem z.B. ist immer noch das Zahlenverhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitslosen. Das liegt im **JobCenter 24** mit 350 bis 400 Jugendlichen pro Vermittler zwar besser als bei den übrigen Arbeitslosen, wo im Schnitt auf 565 Arbeitslose ein Vermittler kommt. Dennoch: bei den Beschäftigten der Agentur für Arbeit muss es laut Schartau weitere Verschiebungen geben hin zu verstärktem Mitarbeiterereinsatz bei der direkten Vermittlung. Sein Wunschziel: "Maximal 200 Arbeitslose pro Betreuer wären optimal." Dann könne sich auch so etwas wie eine "persönliche Note" entwickeln. Doch dahin ist es noch ein weiter Weg. Denn ab Januar 2005 muss erst einmal das **JobCenter** für alle Arbeitslosen eingerichtet werden.

Muster-Vereinbarung

Beispielhaft am Dortmunder Engagement ist für Schartau, dass hier das **JobCenter 24** schon eingerichtet wurde, bevor die bundesrechtlichen Regelungen vorlagen. Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer betonte, man habe durch das **JobCenter 24** schon vor dem 1.1.2005 Erfahrungen für das allgemeine **JobCenter** sammeln wollen. Er könne sich deshalb auch vorstellen, eine Vereinbarung zu erarbeiten, die auch für andere Kommunen und Agenturen für Arbeit musterhaft sein könnte.

Was steckt eigentlich hinter dem Begriff **JobCenter 24**? Es ist eine gemeinsame Einrichtung vom Sozialamt der Stadt Dortmund und der Agentur für Arbeit. Durch den Zusammenschluss will man eine effizientere Beratung, Vermittlung und persönliche Betreuung der Kunden erreichen. Das **JobCenter 24** kooperiert eng mit der Jugend-, Drogen- und Schuldnerberatung. Wie man sieht, bei den jungen Leuten schon durchaus mit ansehnlichen Erfolgen, wenn auch Agentur-Chef Werner Schickentanz dafür nicht allein die Einrichtung der Agentur verantwortlich macht. Denn die Jugendarbeitslosigkeit hatte 2003 schon vor Start des **JobCenters 24** im Oktober 2003 abgenommen.

Hilfe für Jugendliche aus einer Hand: Eine "Baustelle" mit Vorbildcharakter

WR 04.02.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

(FB) Im Warteraum läuft Viva. Kundengemäß. Doch vielmehr als der Musiksender zog ein Tross um Minister Harald Schartau die Blicke auf sich. Schartau informierte sich Job-Center 24.

Schon im August letzten Jahres haben sich vor dem Hintergrund der Hartz-Reformen Sozialverwaltung der Stadt und die Agentur für Arbeit (ehemals Arbeitsamt) zusammengeschlossen, um Arbeitslosen unter 25 Jahren eine komplette Hilfe aus einer Hand bei der Suche nach einer Stelle zu geben. Sozial- und Arbeitsverwaltung sowie die Berufsberatung bemühen sich nun gemeinsam um Nähe zum "Kunden". Die Reibungsverluste sollen möglichst verschwinden. Neben den Beratungen mit Blick auf einen Arbeitsplatz werden an der Steinstraße aber auch die Themen Drogensucht oder Verschuldung thematisiert.

Arbeitsminister Schartau lobte gestern die gemeinsamen Anstrengungen der 39 Mitarbeiter von Arbeitsagentur und Sozialamt. In Dortmund habe man das Konzept der "Hilfe aus einer Hand" frühzeitig und vorbildlich umgesetzt. Sicher: Vieles sei aber auch "noch eine Baustelle". Die Partner müssen, wo es doch lange Jahre andere Zuständigkeiten und Kompetenzen gegeben habe, noch ihre neue Rolle finden.

Vor allem auch mit Blick auf Januar 2005. Das Gesetz sieht vor, die Job-Center dann bundesweit für alle Gruppen einzuführen. Zwar, so Oberbürgermeister Dr. Gerhard Lange-meyer gestern, habe man ein gutes Kooperationsklima, es gebe aber noch eine Menge zu klären. Das betreffe unter anderem die Personalausstattung aber auch, wie er letzte Woche erläutert hatte, die geplanten Pauschalabrechnungen, die zu Lasten der Stadt gehen würden, wie die Frage der Organisation in eine zentrale oder mehrere dezentrale Einheiten.

Die Kooperation, so Werner Schickentanz, sei zu erlernen. Den Vorsprung, den man habe, werde man nutzen. Zumal schon jetzt im Bezirk Dortmund seit geraumer Zeit die Zahl der Arbeitslosen Jugendlichen rückläufig sei. Gab es 1994 ein Höchststand von über 5 900 lag er 2003 im Schnitt bei 4973. Ein Tiefstand wurde Ende letzten Jahres mit 4 286 arbeitslosen Jugendlichen verzeichnet. Einen Teil des Rückgangs führt Schickentanz auch auf die neue Zusammenarbeit zurück.

Lehrstellen: Situation verschärft

WR 09.10.2003 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

(dib) Die Lehrstellensituation hat sich weiter verschlechtert. Das teilte gestern das Arbeitsamt mit. Ende September waren im Bezirk mit Lünen/Selm und Schwerte 429 Jugendliche nicht vermittelt, in der Stadt Dortmund 360.

Zwischen Ende September 2003 und dem 1. Oktober 2004 seien im Bezirk 4393 Lehrstellen zur Verfügung gestellt worden (3679 davon in der Stadt Dortmund). Damit ist das Ergebnis nicht so schlecht wie angenommen. "Denn im Januar musste man mit dem Allerschlimmsten rechnen", so Arbeitsamtsdirektor Werner Schickentanz.

Aber von Entwarnung keine Spur. Denn einerseits staut sich, andererseits baut sich etwas auf. "Wir schieben schon jetzt 53% der Bewerber aus früheren Jahren vor uns her", meint Schickentanz, "und auch die Schulabgängerzahlen werden steigen. Wir werden also aus zwei Quellen einen Mehrbedarf haben. Und das spitzt die Situation noch weiter zu."

"Wir werden noch Jahre rudern müssen"

An so etwas wie anspringende Konjunktur will er gar nicht glauben: "Das sind doch alles ,Wenn und Abers. Wir werden noch einige Jahre ordentlich rudern müssen. Die zurückhaltende Ausbildungsplanung in vielen Unternehmen haben den Ausbildungsmarkt weiter ausgebremst. In nahezu allen Branchen verzeichnen wir einen Ausbildungsstellen-Rückgang."

Wenn es etwas Positives gebe, dann die Tatsache, dass man bei dem Lehrstellenangebot die besten Zahlen sämtlicher 33 Arbeitsamtsbezirke in NRW vorweisen könne. Mit "nur" zwei Prozent Rückgang stehe man besser als der Ruhrgebietsdurchschnitt mit minus 5,5% oder der Landesdurchschnitt mit minus 8,4%.

Perspektive für Jugendliche wird düster

WR: 18.03.2003 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

Die volle Bezeichnung ist sperrig: Lehrgang zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen - kurz BBE. Dahinter verbirgt sich die zumeist allerletzte Chance für junge Menschen, die auf dem desolaten Arbeitsmarkt keine Chance haben: Jugendliche ohne Schulabschluss, Schulverweigerer, Straffällige. Ausgerechnet sie sollen jetzt ganz durchs soziale Netz rutschen. Fürchten die Träger der BBE-Maßnahmen.

840 Plätze gab es 2002 im Arbeitsamtsbezirk Dortmund in solchen Lehrgängen, knapp 9 Mio. € betrug das Budget. Jetzt drohen Einschnitte.

Peter Freund, Geschäftsführer der Dortmunder Dienste (DoDi), hat zwei BBE-Projekte beantragt. Eines, mit Altenpflege und Hauswirtschaft als Inhalt, wurde bereits genehmigt. Die andere Maßnahme, im Bereich Baugewerbe, lehnte das Arbeitsamt ab. "Sie läuft Ende Mai aus", so Freund. Betroffen seien etwa 40 junge Menschen. "Und zwar gerade die ganz schwer vermittelbaren, die besonders dringend Hilfe brauchen, um überhaupt eine Perspektive zur Integration in den Arbeitsmarkt entwickeln zu können".

Arbeitsamt warnt vor Panikmache

Für den DoDi-Chef ist es "unglaublich, was in Deutschland zurzeit passiert. Sämtliche Systeme werden zerschlagen - und Alternativen gibt es weit und breit nicht". Zudem löse der Wegfall von BBE-Maßnahmen auf eine Kündigungswelle bei den Trägern aus. Wo keine Projekte mehr durchgeführt werden, wird auch kein Personal mehr benötigt.

So stehen bei der Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft (dobeq) nicht nur die 15 Plätze im Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr auf der Kippe, sondern auch die Stellen von drei Mitarbeitern. Dabei genießt gerade diese Maßnahme mit ihrem extrem niedrigschwelligem Ansatz bundesweiten Modellcharakter. "Wir gehen an Jugendliche heran, die man anders gar nicht mehr zu packen kriegt", sagt dobeq-Projektleiter Joachim Thiele. So sind u.a. fünf Plätze für Schulverweigerer reserviert.

Konkrete Aussagen des Arbeitsamtes gebe es zwar noch nicht, so Thiele. Aber Hinweise, die das Schlimmste befürchten ließen. Andrea Klauen-Hillebrand, Leiterin des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres, ist jedenfalls "schleierhaft, was mit den Jugendlichen passieren soll".

Derweil warnt Frank Neukirchen-Füßers, beim Arbeitsamt für den Bereich BBE zuständig, vor verfrühter Panik. Richtig sei, dass man bereits Maßnahmen abgelehnt habe. Gleichwohl seien das "Einzelfallentscheidungen, die nicht auf eine generelle Spar-Linie hindeuten". Zwar hätten sich die Vorzeichen negativ verändert ("Es ist enger in diesem Jahr"). Auch würde in einigen Arbeitsamtsbezirken gerade bei den BBE-Maßnahmen gespart. Doch liefen die Etatverhandlungen zurzeit noch, und er sei "guter Dinge, dass wir den Jugendlichen auch künftig Angebote machen können".

Bei der Entscheidung über beantragte Maßnahmen spiele vor allem die Vermittlungsquote in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Die sei bei DoDi durchaus erfreulich, versichert Geschäftsführer Peter Freund. Und die dobeq beziffert die sogar auf 50 bis 70 Prozent.

Auf der Streichliste stehen sie dennoch.

Von Frank Fligge

Zur Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund

Berichtersteller: Jochen Kalmbach (Arbeitsgemeinschaft zu Förderung offener Jugendarbeit in Dortmund/AG – OT))

Die AG – OT ist ein Zusammenschluss von 24 Trägern, evangelische und katholische Kirchengemeinden, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Es handelt sich um

- „Teil Offene Türen“ = TOT, die mindestens 6 Stunden in der Woche auf sind und von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen geführt werden;
- um „Kleine Offene Türen“ = KOT, die 25 Stunden die Woche geöffnet sind und von einer hauptamtlichen Fachkraft und ehrenamtliche MitarbeiterInnen geführt werden;
- um zwei „Häuser der Offenen Tür“ = OT, die mindestens 30 bzw. 35 Angebots und Öffnungstunden die Woche anbieten. Diese werden von 3 bzw. 2 hauptamtlichen Fachkräften plus Honorarkräften geführt.

Das Land NRW ist das einzige Bundesland der Republik, die im Landesjugendplan eine eigene Position „Offene Jugendarbeit“ hat. Ziel war es in den späten 70ern, das Land flächendeckend mit „Häusern der Offenen Tür“ zu versorgen. Anfang der 80er Jahre ist dieses Vorhaben mangels finanzieller Mittel eingestellt worden.

Mit den Kürzungsplänen für den Landesjugendplan im Doppelhaushalt 2004/2005 hat sich das Land von der flächendeckenden Versorgung und Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verabschiedet. Es sollen nur noch gezielt und punktuell Einrichtungen gefördert werden, die in Regionen, Stadtteilen mit besonderen Merkmalen wie hoher Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil an Aussiedlern, strukturschwache Wirtschaft, etc vorweisen.

Wer darüber entscheiden und nach welchen Kriterien entscheiden soll, ist noch völlig unklar. Sicherlich wird es den Kommunen überlassen bleiben, in welche Einrichtungen sie die immer geringeren Fördermittel fließen lassen.

Für 2004 war eine Kürzung von 50% geplant. Nach massiven Protesten und Aktionen ist die **Kürzung auf 25% „korrigiert“** worden.

Ziel ist es aber, bis 2007 die Förderung von € 33 Millionen im Jahr 2003 auf € 10 Millionen im Jahr 2007 runter zu fahren. **Das sind 70% Kürzung.**

Auswirkungen für die Träger der AG – OT in Dortmund

Hier die Entwicklung der Kürzungen der letzten Jahre

Förderung aus dem Landesjugendplan (Gesamtsumme für alle 24 Einrichtungen)

2002: € 300.916.-

2003: € 286.569.-

2004: € 214.927.- minus von € 71.642.- zu 2003 und € 85.989.- zu 2002.

Seit Anfang der 90er Jahre ist die Förderung aus dem Landesjugendplan kontinuierlich gesunken und die Eigenleistung der Träger gestiegen. Die Eigenleistung der Träger liegt mittlerweile bei den KOTs zwischen 45% und 55% und den beiden großen OTs bei 28% bzw 35%. Sowohl die Stadt Dortmund, als auch die Träger der Offenen Einrichtungen haben uns signalisiert, die geplanten Kürzungen im Landesbereich nicht kompensieren zu können. Da die Einsparpotenziale in OT`s, KOT`s und TOT`s weitgehend ausgeschöpft sind, kann dies für eine Anzahl von Einrichtungen nur das Aus bedeuten bzw. eine drastische Reduzierung der Angebots- und Öffnungszeiten und der Qualität der Arbeit bedeuten.

Auswirkungen am Beispiel einer Einrichtung: die „Schalom-OT“ in Dortmund-Scharnhorst

Reduzierung der Angebots- und Öffnungszeiten von 43 Stunden auf 31 Stunden die Woche,

Das Bedeutet für den

Jugendbereich ein Öffnungstag wird komplett gestrichen und an den übrigen Öffnungstagen, 5 Tage, wird eine Stunde gekappt. Somit können wir den Sonntag als Öffnungstag erhalten.

Kinderbereich nur 3 statt an 4 Tagen geöffnet.

Durch den Wegfall der Mittel für Schwerpunktarbeit mit Kindern in besonderen Lebenslagen im Jahr 2003 und die jetzigen Kürzungen, ist der Kinderbereich, der Bereich der am stärksten von den Kürzungen betroffen ist. Das Loch im Haushalt konnte nur mit einer drastischen Reduzierung der Personalkosten, d.h., der Stunden der nebenamtlichen MitarbeiterInnen die die hauptsächliche Arbeit im Kinderbereich leisten, aufgefangen werden.

Die Kinder bleiben auf der Strecke, bzw. auf der Strasse.

Insbesondere für die Alterstufe der ca. 10 bis 13 Jährigen mangelt es an „Räumen“ und „Freiräumen“ (Entfaltungsmöglichkeiten). Die letzte Kriminalitätsstatistik des Landes zeichnet die steigende Gewaltbereitschaft von gerade dieser Altersgruppe auf. Ich sehe einen Zusammenhang zwischen der Gewalt / Kriminalität und den fehlenden „Erlebnis – Räumen“ für diese Altersgruppe.

In den letzten Jahren werden folgende Merkmale zunehmend zu Problemen:

- mangelndes bis fehlendes Sozialverhalten,
- Aggressivität / höhere Gewaltbereitschaft,
- Hunger bzw. mangelnde Ernährung: Die Folgen der Kette von Problemen sind längst bekannt.

Wir fordern die gesetzliche Sicherung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW.

Im Kinder- und Jugendhilfegesetz sind die Bereiche der Kindergärten/Kindertagesstätten und der Jugendhilfe mit einem Ausführungsgesetz gesichert worden. Nur für den Landesjugendplan gibt es noch kein Ausführungsgesetz und somit ist die Kinder und Jugendarbeit immer noch eine „freiwillige Leistung“ des Landes und der Kommunen.

Mit der erfolgreich abgeschlossene Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“, fordern wir den Gesetzgeber auf, die Kinder- und Jugendarbeit gesetzlich zu sichern. Für fordern den Gesetzgeber auf, seiner Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen dieser Gesellschaft nachzukommen.

Die Entwicklung der Landesausgaben hat bisher jedoch in den letzten 15 Jahren ein anderes Signal gesendet: Von 1988 bis 2002 ist der Etat des Landeshaushalts um 54% gestiegen; im gleichem Zeitraum ist der Etat des Landesjugendplan um 15,7% gesunken.

Wir sind bereit, und hier spreche ich im Namen aller im Verein zusammengeschlossenen Träger Offener Einrichtungen, unseren gesellschaftlichen Beitrag weiterhin zu leisten. Dies ist aber nur dann möglich, wenn man uns nicht den Boden unter den Füßen wegzieht und die Möglichkeit zur Weiterarbeit lässt.

Artikelauswahl

Schalom-OT protestiert gegen Sparpläne für Jugendarbeit

WR: 09.01.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND NO

Scharnhorst. (MCF) Nicht nur Rentner, Arbeitnehmer und Arbeitslose müssen sich auf Kürzungen und Sonderbelastungen einstellen. Auch in der Kinder- und Jugendarbeit soll gespart werden. Betroffen davon ist unter anderem das Jugendzentrum Schalom-OT in Scharnhorst.

Mit einem Informationsstand und einem Kicker-Tisch unter freiem Himmel machte die Schalom-Gemeinde jetzt auf die Einsparpläne der nordrheinwestfälischen Landesregierung aufmerksam. "Wir rechnen mit 25 bis 30 Prozent Kürzung im Bereich der offenen Arbeit", sagt Jochen Kalmbach, hauptamtlicher Mitarbeiter der Schalom-OT. Dies wäre eine Summe von rund 12 000 Euro bei dem Scharnhorster Jugendzentrum.

Die Konsequenz wäre laut Kalmbach, dass die Kinder und Jugendlichen einen Tag in der Woche weniger das Jugendzentrum besuchen könnten. Sie hätten somit "weniger Betreuung, sie würden draußen sein und eventuell rumlungern und Chaos stiften". Neben den reduzierten Öffnungszeiten, würden ebenfalls wichtige Projekte und Angebote eingestellt, wie zum Beispiel die Beratung Jugendlicher bei der Jobsuche.

Weniger Betreuung und keine Beratung

Damit diese negative Entwicklung gestoppt wird, sammeln die Träger der Kinder- und Jugendarbeit derzeit Unterschriften für eine Volksinitiative. Bei Erfolg müsste die Landesregierung einen Beschluss über die Einsparungen herbeiführen, der aber sehr unpopulär wäre und eventuell Wählerstimmen bei den kommenden Wahlen kosten könnte. Die Volksinitiative fordert den Landtag NRW dazu auf, die Kinder- und Jugendarbeit rechtsverbindlich zu gewährleisten. Somit sollen 0,2 Prozent des Landeshaushaltes für die Jugendarbeit verankert werden. Bereits vor den Kürzungen waren dies aber lediglich 0,11 Prozent.

Christliche Wirtschaftskonferenz in Oberhausen Präses Schneider warnt vor „gnadenloser Gesellschaft“

Westfälische Rundschau vom 8.3.2004-03-14

Oberhausen: Führende Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kirchen haben für Reformen in Deutschland zu Gunsten von wirtschaftliche schwachen Menschen plädiert.

Auf der bundesweit ersten Christlichen Wirtschaftskonferenz am Wochenende in Oberhausen kritisierte NRW-Umweltministerin Höhn Massenentlassungen bei gleichzeitig steigenden Managergehältern. Vor rund 750 Unternehmern und Führungskräften forderte die Grünen-Politikerin eine stärkere Beachtung von Werten wie Gerechtigkeit und Umweltschutz im wirtschaftlichen Handeln. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nicolaus Schneider, warnte vor einer „gnadenlosen Gesellschaft“, die den Menschen allein nach seiner Leistungsfähigkeit beurteile.

Zur Lage älterer Menschen

Berichterstatte: Theo Hengesbach (Kreuzviertel Verein)

Sozialabbau auf allen Ebenen – Sozialpolitik am Ende?

Am 6.12.1993 haben wir im Kreuzsaal ein „Dortmunder Altentreffen“ veranstaltet mit dem Thema „Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer: Krise des Sozialstaats oder Krise der Politik?“ Referent war Friedhelm Hengesbach SJ, der kürzlich auch in diesem Saal gesprochen hat. Schon vor 10 Jahren haben wir also die These, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, hinterfragt und uns mit der Umverteilung „von unten nach oben“ auseinandergesetzt. Diese Umverteilung hat inzwischen noch schärfere Formen angenommen.

Dazu ein Zitat aus der NRW-Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 1.7.1995: „Mit ihrer Politik sozialer Demontage und der Begünstigung der wirtschaftlich Starken zu Lasten der Schwachen gefährdet die amtierende Bundesregierung den Fortbestand des Sozialstaats und die Zukunftsperspektiven der solidarischen Gesellschaft in Deutschland. Deshalb besteht eine Hauptaufgabe Nordrhein-westfälischer Landespolitik darin, darauf hinzuwirken, dass die Demontage des Sozialstaats durch die Bonner Koalition gestoppt und Perspektiven für eine solidarische Weiterentwicklung des Sozialstaats eröffnet werden.“ (zitiert nach Stellungnahme des SoVD NRW zum Landeshaushalt 2004/2005). Eine solche Absichtserklärung wäre auch heute noch zutreffend.

Der Kreuzviertel-Verein leistet Wohnberatung für ältere, behinderte und pflegebedürftige Menschen. Er hilft den Betroffenen, trotz Einschränkungen und veränderter Bedürfnisse möglichst selbständig zu leben. Das ist sozial- und auch finanzpolitisch notwendig – nicht nur, weil die meisten Menschen auch im Alter in ihrer eigenen Wohnung leben wollen, sondern weil sie das auch müssen. Die Zahl älterer Menschen ist so groß, dass es überhaupt nicht möglich ist, einen nennenswerten Anteil von ihnen in Heimen, im Betreuten Wohnen oder anderen Einrichtungen unterzubringen.

1. Der demographische Wandel

- älter werden wir alle
- sogar viel älter als unsere Vorfahren
- die Frauen mehr als die Männer

Wenn wir alt sind

- ist die Zahl der Alten so hoch wie nie
- ist auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung so hoch wie nie
- wird es mehr hier lebende ältere Migranten geben als jetzt

Viele ältere Menschen werden dann

- allein leben
- wenig Geld haben
- im hohen Alter auf Hilfe und Pflege angewiesen sein
- dabei aber nicht auf frühere Familienstrukturen zurückgreifen können

Das ist – in wenigen Worten – der demographische Wandel.

2. Aufgaben der Gesellschaft

Der demographische Wandel, seit den 60er Jahren ein Thema der Bevölkerungsprognosen, erfordert

- die Selbständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu erhalten
- ihre Selbstbestimmung zu unterstützen
- ihre Integration in familiäre, nachbarschaftliche und soziale Strukturen zu fördern
- ihre Partizipation und Verantwortung für das Gemeinwesen auszubauen

Das heißt: es müssen - neben der Hilfe für Menschen in Notlagen - auch Strukturverbesserungen organisiert werden. Dabei spielen älter werdende Menschen auch eine aktive Rolle.

Die entscheidende politische Ebene ist die Landesebene, denn die Städte und Gemeinden sind durch die Bundespolitik in einer finanziell katastrophalen Situation und von den Mitteln des - auch schlecht gestellten! - Landes abhängiger als zuvor. Die Bundesregierung hat seniorenpolitisch auf die Situation in den Städte und Gemeinden eher indirekt Einfluss – natürlich durch die Gesetzgebung, z.Z. im negativen Sinn auch durch die Finanzpolitik, im positiven Sinne vielleicht durch Modellprojekte des Bundes.

3. Die Politik des Landes

Ein „Paradigmenwechsel“ in der Altenpolitik des Landes fand – so erklärte das zuständige Ministerium wiederholt – statt, als 1998 W. Clement Ministerpräsident wurde. Dieser war gekennzeichnet dadurch, dass

- die soziale Altenpolitik weitgehend auf die Pflegepolitik reduziert und der Zuständigkeit des Sozialministerium überlassen wurde,
- sich die Seniorenpolitik des Familienministeriums - sich von diesen Aufgaben entlastet fühlend – den sog. „weicheeren“ Themen widmete, z.B. der Einrichtung von Internetcafés für Senioren, der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, der Förderung des Sports und ähnlichem.
- Konkret bedeutete der „Paradigmenwechsel“ auch
- dass unter dem Clementschen Primat der Wirtschaftspolitik ein Schwerpunkt Seniorenwirtschaft eingerichtet wurde, der den Wirtschaftsfaktor Alter fördern sollte,
- dass ein Familienfest, ein Senioren-Forum und drei Senioren-Messen die sog. Jungen Alten – fit, aktiv, wohlhabend – anzusprechen versuchten,
- dass das zuständige Ministerium im Sommer 2003 die Öffentlichkeit mit einer Untersuchung überrascht, der zufolge der durchschnittliche Seniorenhaushalt über 2.550 Euro im Monat verfügt, von denen 1.450 Euro frei verfügbar seien.

Dieser Paradigmenwechsel bedeutete aber auch

- dass ein landesweites erfolgreiches und notwendiges Projekt zur Seniorenberatung eingestellt wurde, aber immerhin zwei Jahre danach auf einer Tagung einen ausführlichen „Nachruf“ erhielt,
- dass der bis 1998 erfolgte Ausbau der Wohnberatung für ältere und pflegebedürftige Menschen ins Stocken geriet und sich die Zahl der Wohnberatungsstellen wegen ungesicherter Finanzierung rückläufig entwickelte,
- dass vorliegende Berechnungen zum flächendeckenden Ausbau der Wohnberatung und Vorschläge zu dessen Finanzierung nicht umgesetzt wurden,

- dass eine über fast 10 Jahre hinweg finanzierte Studie, die die Notwendigkeit dieses Ausbaus belegt, im Ministerium als Verschlussache behandelt wird,
- dass die landesgeförderte Wohnberatung seit drei Jahren mit einer Unterfinanzierung von bis zu 30 Prozent arbeitet, die Beratungskräfte Gehaltskürzungen hinnehmen müssen und die Beratungsstellen viel Zeit und Energie für Spendenwerbung und andere Methoden der Mittelaufstockung aufbringen müssen,
- dass eine Analyse der Situation der älter werdenden und unter Abwanderung leidenden Städte nicht vorgenommen wird, obwohl sie bei seniorenpolitischen Projekten berücksichtigt werden müsste,
- dass Hilfemaßnahmen und Strukturverbesserungen speziell für ältere Frauen, ältere Migranten oder ältere Menschen auf dem Lande nicht entwickelt wurden,
- dass es an auf den Nahbereich bezogenen Konzepten zur flächendeckenden häuslichen Betreuung Alleinlebender („Gemeindeschwester“) fehlt.

4. Die Folgen

Die Effekte dieser Politik für die betroffene ältere Generation bestehen u.a. darin

- dass der psychologische Druck auf die, die dem politischen Ideal nicht entsprechen – die also nicht fit, aktiv und wohlhabend sind und die Sozialkassen und den Staat in Ruhe lassen – wächst,
- dass die Entsolidarisierung - politisch auf Landes- und Bundesebene unterstützt - zunimmt,
- dass die Inanspruchnahme von Hilfe und das Einfordern angemessener Hilfestrukturen behindert wird,

Neue seniorenpolitische Leitlinien der Landesregierung

Andere Perspektiven versprechen die neuen „Leitlinien 2010“ (sic) der Landesregierung für die Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Danach sollen tragfähige Hilfestrukturen aufgebaut und eine aktive Rolle älterer Menschen dabei gesichert werden.

Diese Verlautbarungen sind noch sehr allgemein. Dass sie konkret, umsetzbar und nachprüfbar werden, wird nur erreicht, wenn die Betroffenen – das sind wir alle – sich an dem politischen Prozess der Planung und Umsetzung beteiligen. Diese Auseinandersetzung ist immer auch eine Auseinandersetzung um die Verteilung vorhandener Mittel. Im Landeshaushalt 2004/2005 wurden jedoch die Mittel für die sog. Offene Altenarbeit erheblich gekürzt. Das Land muss als Reaktion auf den demografischen Wandel neue Strukturen aufzubauen und - auch beim Bund - um Mittel dafür kämpfen.

Artikelauswahl

Immer an der Basis

Es ist eine Rückkehr zu den Wurzeln. Weil das eigentliche Domizil des Kreuzviertel-Vereins renoviert wird, ist das Büro provisorisch in den Räumen der Kreuz-Gemeinde untergebracht. Da, wo für Theo **Hengesbach** vor 25 Jahren alles begann.

1979 war das, als der gebürtige Sauerländer nach dem Studium der Sozialarbeit sein Anerkennungsjahr bei der Caritas leistete " einen Teil davon in der Altenarbeit der Heilig Kreuz-Gemeinde. Nach dem Probejahr blieb Hengesbach " bis heute.

Und er prägte in dieser Zeit (nicht nur) die Entwicklung des Kreuzviertels " damals wie heute eines der beliebtesten Wohnquartiere der Innenstadt, nicht nur für Studenten und Akademiker, sondern nach wie vor auch für ältere Menschen. Da lag es nahe, Alten- und Stadtteilarbeit zu verbinden. 1980 initiierte Hengesbach die "Dortmunder Altentreffen", bei denen zwei Mal im Jahr gesellschaftspolitische Themen aus Sicht der Älteren diskutiert werden. 1982 entstand dann mit Unterstützung der Heilig Kreuz-Gemeinde und der benachbarten evangelischen Nicolai-Gemeinde der "Verein für Gemeinwesen und Sozialarbeit Kreuzviertel e.V."

Solides Viertel

Ein Name, der bald weit über das Viertel hinaus bekannt wurde. Denn die Wohnungsspekulation ging um im beliebten Kreuzviertel. "Als immer mehr ältere Leute zu uns kamen und nach Wohnungen fragten, wurden wir stutzig", erzählt Hengesbach. Weil Miet- in Eigentumswohnungen verwandelt wurden, sollten viele ältere Bewohner weichen. Der Kreuzviertel-Verein machte gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Mietervereinen dagegen mobil. Und hatte " zumindest langfristig " Erfolg. "Anfangs wurden wir von der Politik nicht richtig ernst genommen", erinnert sich der Sozialarbeiter. Doch das änderte sich, als die Wohnungsumwandlung immer weitere Kreise zog. Heute zeichnet sich das Kreuzviertel durch eine gesunde Bewohnermischung aus. "Ein bürgerliches und solides Viertel", sagt Hengesbach.

Ähnlich erfolgreich wie der Kampf gegen Wohnungsspekulation war der Einsatz für den Erhalt der Tremonia-Siedlung, der ältesten Arbeitersiedlung der Stadt, die in den 70er Jahren einem neuen Stahlwerk (!) weichen sollte. Oder für den Südwestfriedhof. Er sollte geschlossen werden. Gegen den erbitterten Protest der Anwohner, die ihre Verstorbenen weiterhin in der Nähe wissen wollen. Am Ende sprach sich die Politik dafür aus, alle Friedhöfe zu erhalten. "Damit haben wir selbst nicht gerechnet", freut sich Hengesbach.

Natürlich hat er diese Erfolge nicht allein errungen. "Es sind alles Beispiele, wie man durch Kooperation, Ausdauer und Beharrlichkeit viel erreichen kann", betont der 49-Jährige. "Und unser Vorteil ist, dass wir parteipolitisch unabhängig und mit beiden Beinen an der Basis sind." Inzwischen ist der Kreuzviertel-Verein für Politik und Verwaltung ein anerkannter "Markenname" " speziell wenn es um Wohnberatung geht. Vor 15 Jahre wurde die Wohnberatung für ältere Menschen in Dortmund vom Kreuzviertel-Verein aufgebaut. Wie kann man mit einfachen Hilfsmitteln Unfälle im Haus vermeiden und den Verbleib in den eigenen vier Wänden für Ältere langfristig sichern" lautet die zentrale Frage. Ein Thema, zu dem Hengesbach und seine Kollegin Petra Bank seit 1989 mehr als

1000 Vorträge gehalten, ungezählte Beratungsgespräche geführt, Ausstellungen organisiert und Hausbesuche absolviert haben. Nicht nur im Kreuzviertel, sondern stadtweit.

Finanzierung

Inzwischen ist die Wohnberatung Bestandteil des Landesaltenplans, gibt es fast 100 Wohnberatungsangebote in NRW. Klar, dass der Kreuzviertel-Verein Initiator und Sprecher der 1999 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft Wohnberatung NRW ist. "Unser Ziel ist eine flächendeckende Wohnberatung in jeder Stadt und in jedem Kreis," erklärt Hengesbach. Doch leider hat sich die Erkenntnis, dass durch solche Angebote dem Sozialsystem langfristig Kosten erspart werden können, noch nicht überall durchgesetzt. Hengesbachs Wunsch zum 25-jährigen Jubiläum ist deshalb klar: endlich finanzielle Sicherheit für die Wohnberatung.

Oliver Volmerich Ruhr Nachrichten (Dortmund) Dienstag, 20. Januar 2004

Zur Lage von Senioren mit Migrationshintergrund

Berichterstatteerin: Alessandra Alberti (Verein für Internationale Freundschaften e.V./Projekt „Internationale Altenbegegnungsstätte“)

Der Verein für Internationale Freundschaften e.V. (VIF)

Der VIF entstand im Jahr 1987 als Nachfolge des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an“ in der Dortmunder Innenstadt-Nord.

Ziele des Vereins sind

- die am Stadtteil auftretenden sozialen Prozesse wahrzunehmen und zu begleiten,
- das solidarische Zusammenleben und die wechselseitige Integration aller Wohnbürger zu fördern.

Der VIF ist ein Selbsthilfeverein und verfügt über keine hauptamtlichen MitarbeiterInnen.

Die Aktivitäten werden durch Zuschüsse des DPWV (2.000 bis 4.000 € im Jahr), sonstige Kosten (Büro, Versicherungs-, Fahrtkosten usw.) durch Preisgelder sowie durch Mitgliedsbeiträge und Spenden mehr schlecht als recht gedeckt! Die Zuschüsse des Ausländerbeirates für ausländische Vereine wurden 2003 eingestellt.

Das Projekt „Internationale Altenbegegnungsstätte“

Schon im Gründungsjahr (1987) fiel innerhalb des VIF auf, dass sich eine immer größer werdende Zahl von Menschen der Generation der „Gastarbeiter“ darauf einrichtete, in Dortmund alt zu werden.

Es wurde deutlich, dass mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess die Deutschkenntnisse unserer Freundinnen und Freunde immer schlechter wurden. Die Scheu vor Behörden und Einrichtungen wurde immer größer und, damit zusammenhängend, machten sich Desinformation und Ängste breit. Die gleichen Probleme haben heute auch ältere Spätaussiedler, Asylbewerber und Eingewanderte aus den ehemaligen Ostblockländern. Gezielte Angebote für ältere Ausländer/innen waren im Stadtteil nicht vorhanden.

Die Stadt Dortmund gab 1993 dem Verein die Möglichkeit, eine städtische Altenbegegnungsstätte an zwei Tagen der Woche mitzunutzen. So entstand am Borsigplatz, dem Quartier mit dem höchsten Ausländeranteil in Dortmund (46% der Bewohner/innen) das Projekt „Internationale Altenbegegnungsstätte“. Unter dem Motto **„praxisnah, international und die Selbsthilfe stärkend“** bot der Verein älteren Migrantinnen/innen im Stadtteil die erste und bis heute einzige Chance

- Deutsch nicht zu verlernen,
- den Kontakt zur „deutschen“ Außenwelt nicht zu verlieren,
- Informationen zu bekommen und auszutauschen,
- Kontakte zu knüpfen,
- sich mit eigenen Ideen, anderen Kulturwerten bei Einrichtungen der Altenhilfe einzubringen.

Zusammensetzung der Gruppe

Die Tagesstätte Flurstraße 70 wird regelmäßig im Winter von etwa 40 Personen und im Sommer von etwa 20 Personen besucht. Je nach Angebot steigt die Zahl der Besucher/innen auf 60 bis 70, dann ist die Tagesstätte brechend voll. Es handelt sich um Menschen zwischen 50 und 80 Jahren aus Chile, Deutschland, Indonesien, Kambodscha, Spanien, Italien, Uruguay, Marokko, Russland, dem Iran, der Ukraine und, vor allem aus der Türkei. Sie sind Gläubige (Christen, Buddhisten, Juden und Muslime) und Atheisten, Arbeitsmigranten/innen, Aussiedler/innen und Asylbewerber/innen.

Gemeinsamkeiten

Armut: Bei den Arbeitsmigranten ist die Zahl der Frührentner und Langzeitarbeitslosen im Durchschnitt höher als bei deutschen. Dadurch dass sie in Deutschland schlecht bezahlte Berufe übernahmen und in der Heimat selten Rentenansprüche erworben haben, verfügen sie über geringe Renten. Unsere Kolleginnen leben von Renten zwischen 200 und 600 €, die Kollegen von Renten zwischen 400 und 600 €. Einige von Ihnen leben von der Sozialhilfe.

Gesundheit: Oft genug übten sie gesundheitsgefährdende Berufe aus. Hier kommt, dass ihr Gesundheitszustand durch Sprachprobleme, Unkenntnis und Desinformation zu speziellen – insbesondere altersbezogenen - Krankheitsbildern unnötig gefährdet wird. Dies betrifft vor allem präventive Maßnahmen sowie Hilfsmittel.

Isolation: Dieses Problem zeigt sich weniger bei Türkischsprechenden, die über viele ethnisch bezogene Verbindungen verfügen, als vielmehr bei kleineren Minderheiten wie Asylbewerber/innen, die kaum eine Chance haben, Deutsch zu erlernen und Kontakte zu knüpfen. Dies betrifft auch Aussiedler.

Mit Hilfe der Vereinigten Kirchenkreise – zuletzt Dank einer Förderung der Robert Bosch Stiftung – bemüht sich unser Verein, Informationsveranstaltungen und Informationsmaterialien in fünf Sprachen anzubieten (z.B. zur Grundsicherung und zur Gesundheitsreform). Die Kräfte und Mittel unseres Vereins reichen jedoch gerade aus, um nur einen kleinen Teil der Betroffenen in Dortmund zu erreichen: Leider viel zu wenig ! Schon heute ist absehbar, dass durch die Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen viele ältere Einwanderer weiter verarmen werden.

Artikelauswahl

Ältere Migranten erkranken häufiger als ihre deutschen Altersgenossen

16.02.2004 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

(nis) Je älter der Mensch wird, desto mehr gesundheitliche Probleme erwarten ihn. Laut einer Hamburger Studie erkranken ältere Migranten jedoch häufiger als ihre deutschen Altersgenossen.

Die Gründe dafür seien vielfältig: die schwere, schmutzige Arbeit, die sie als Gastarbeiter verrichteten oder aber auch schlechte Gesundheitsversorgung im Heimatland, erklärt Alessandra Alberti. Vor diesem Hintergrund hat der Verein für internationale Freundschaften, in dem Alberti Mitglied ist, das Projekt "Gesundheit für ältere Migranten" auf die Beine gestellt.

"Wir wollen damit zum einen die älteren Migranten über das Gesundheitssystem informieren und gleichzeitig auch ihre kulturspezifischen Vorstellungen und Sprachschwierigkeiten berücksichtigen", sagt Alberti. Das Projekt ist auf zwei Jahre ausgelegt - bis Januar 2006 - und umfasst 24 Vorträge zu gesundheitspezifischen Themen wie Gesundheitsreform, Altenpflege oder Krankheitsvorsorge. Gefördert wird das Projekt von der Robert-Bosch-Stiftung. Durch diese finanzielle Unterstützung können unter anderem die Ergebnisse der einzelnen Veranstaltungen später in Informationsbroschüren in den Sprachen Deutsch, Italienisch, Russisch, Spanisch und Türkisch zusammengefasst werden. "So kommen die Informationen sogar Migranten in anderen Städten zu Gute", sagt Vereinsmitglied Anna Olshevskaja. Außerdem begleitet die Dortmunder Forschungsgesellschaft für Gerontologie das Projekt um zu prüfen, inwieweit die älteren Migranten davon wirklich profitieren. Der nächste Vortrag findet am 29. März zum Thema Gesundheitsreform in der Flurstraße 70 statt.

Vor zehn Jahren hatte der Verein schon einmal ein Projekt organisiert, das bis heute erfolgreich ist: die "Internationale Altenbegegnungsstätte". 50 Menschen aus 10 verschiedenen Ländern, die sich unterstützen, gemeinsam einen Teil ihrer Freizeit gestalten oder sich einfach austauschen - auch um ihr Deutsch nicht zu verlernen.

Zur Lage von Menschen, die aus Not Suppenküchen aufsuchen

Berichterstatterin: Ursula Schulze (Suppenküche Kana)

Die Suppenküche Kana ist neben dem Gasthaus und den Franziskanern eine von drei Initiativen in Dortmund, die Essen an Bedürftige ausgeben. Sie hat ihren Standort in der Nordstadt in der Mallinckrodtstraße.

Die Suppenküche Kana ist an vier Tagen in der Woche geöffnet und bietet 58 Plätze. Die Zahl der Gäste steigt kontinuierlich. 2002 suchten 46.400 Gäste die Suppenküche auf. 2003 waren es bereits 48.440 Gäste. Beobachtet wird, dass die Zahl der Frauen, die die Suppenküche aufsuchen kontinuierlich gestiegen ist. Besorgniserregend ist, dass sich unter den Gästen auch zunehmend hungernde Kinder finden.

Die Suppenküche Kana wird aus Spendengeldern finanziert.

Über das Speiseangebot hinaus werden auch Aktionen durchgeführt, um auf die Situation von Menschen, die aus Not Suppenküchen aufsuchen, hinzuweisen. Dazu gehörte im Oktober ein "Kreuzweg der Armut" unter dem Motto "Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen". Jeden ersten Montag im Monat protestieren die Mitglieder der Kana-Suppenküche gegenüber dem Bahnhof. Eine weitere immer wieder in der Öffentlichkeit vorgetragene Forderung ist: "keine Vertreibung von Randgruppen". Dazu gehört bspw. auch die Vertreibung der Drogenabhängigen kreuz und quer durch die Stadt. Armut muss in einer Stadt sichtbar bleiben, Stein der Anstoßes und Anlass zur Auseinandersetzung mit den Widersprüchen und sozialen Missständen einer Stadt bieten, denn Armut ist kein individuelles Fehlversagen. Es müsse auch vermieden werden, dass sich die Vereine und Träger auseinanderdividieren und in eine Konkurrenz untereinander treiben lassen.

Frau Schulze berichtet von den fatalen Auswirkungen der Einführung der Praxisgebühr für arme Menschen. Seitdem werden von Armen Arztbesuche vermieden. Abgesehen davon, dass derart Menschen der Zugang zu ärztlicher Versorgung verstellt wird, steht auch als Folge zu erwarten, dass die Behandlung im nachhinein chronischer, voll entwickelter Krankheitsbilder noch kostspieliger wird. Und auch das erneute Auftauchen von ansteckenden Krankheiten wird wahrscheinlich.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es notwendig sei, städtischerseits die vorhandenen Formen krasser Armut in Dortmund wahrgenommen werden müsse, statt die Augen davor zu verschließen. Es seien, ganz konkret pragmatische Lösungen für die anstehenden Bedarfe von obdachlosen, hungernden Menschen, die es in zunehmendem Maße gäbe, zu erstellen. Ein Beispiel ist die niederschwellige und bedarfsgerechte Einrichtung von Wärmestuben im Winter. Dazu können bspw. auch die Öffnung von U-Bahn-Stationen, Kirchen oder Sporthallen gehören, um obdachlose Menschen vor Kälte oder gar dem Erfrierungstod zu schützen. Diesbezüglich gäbe es in Dortmund bisher so gut wie keine Überlegungen.

Frau Schulze schließt ihren Vortrag mit den Worten: "Wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht, daran zeigt sich ihre Qualität". Das soziale Klima einer Stadt zeige sich an dem Umgang oder der Verdrängung und Ausgrenzung von Armut im Stadtraum.

Artikelauswahl

Leiser Protest gegen die Ausgrenzung der Armen

WR: 17.10.2003 / LOKAL AUSGABE / DORTMUND

(jüpo) Vom Sozialamt über die Deutsche Bank zum Rathaus führte der "Kreuzweg der Armut", den Förderer der "Suppenküche Kana" gestern beschritten.

In ihren Räumen in der Mallinckrodtstraße 114 speist die "Suppenküche Kana" Menschen, die sich nicht einmal das warme Essen leisten können. Gestern, am von der UNO ausgerufenen Welttag der Armut, ging "Kana" an die Öffentlichkeit. An den "Kreuzwegstationen" wurde gegen die Ausgrenzung armer Menschen in der Stadt protestiert.

Es war ein leiser Protest, vorgetragen in Liedern, Psalmen und kurzen Reden, untermauert von ein paar Flugblättern. "Kürzungen im sozialen Bereich", stand da zu lesen, "werden über den Landeshaushalt bald die Stadt erreichen." Betroffene seien einmal mehr die Schwächsten der Gesellschaft.

Auf einem Transparent hieß es: "Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen." Vor der Deutschen Bank erinnerte ein Redner an eine Erklärung auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 1996. Dort habe ein Manager der Deutschen Bank verkündet: "Ab jetzt stehen Sie alle unter Kontrolle der Finanzmärkte."

Es habe nur Applaus gegeben.